

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von Th. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Fernspre 4-1111. — Für Inserate Nr. 6283, für die Redaktion Nr. 6287 für den Verlag und die Druckerei Nr. 6285. — Postzustellungsnummer 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis vom 1. bis 15. August 1.00 Mark, Abholer 0.80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Normalzeile örtlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, 5-reihiger Anzeiger 30 Pfennig, die dreigeipaltene 90 Millimeter breite „Reklamzeit“ örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4.20.) Der jährliche Rabatt geht vorwärts, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzverdrängung keine Gewähr. Erscheinungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 180.

Magdeburg, Mittwoch den 5. August 1925.

36. Jahrgang.

Der Raubzug des Rechtsblocks.

Der Regierungsbloß will eine sachliche Beratung der Steuern verhindern. Der Rechtsblock redet nicht, er stimmt nur! Die ganze Last der sachlichen Beratung ruht deshalb auf der Opposition, die nicht dulden kann und will, daß so verhängnisvolle Gesetze ohne Widerspruch beschlossen werden.

Das Schweigen des Rechtsblocks, dem sich jetzt auch das Zentrum mit Haut und Haaren verrieben zu haben scheint, ist der Ausdruck des bösen Gewissens. Denn die Steuerreform ist die größte Begünstigung des Großbesitzes, die Deutschland je erlebt hat. Statt gerechter Verteilung der Lasten nach dem Maße der Leistungsfähigkeit der einzelnen Schichten erfolgt eine einseitige Verminderung der Steuerlast des Besitzes, gleichzeitig eine Verschärfung der Steuerlast für diejenigen, die allein von ihrer Arbeitskraft leben.

Damit wird die aus der Inflation herrührende ungerechte Lastenverteilung noch verschärft. Bereits im Jahre 1924 sind fast drei Viertel aller Einnahmen der öffentlichen Körperschaften durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern sowie Mietsteuern aufgebracht worden. Nicht der Reichtum wird in Deutschland besteuert, sondern die Armut. Zu keinem Lande der Welt trägt der Besitz so geringe, das Volk so hohe Lasten wie in Deutschland. Am besten läßt sich das erkennen bei der Einkommensteuer. Sie hat in England im Jahre 1924 mehr als 7 Milliarden erbracht, obwohl die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger dort vollkommen steuerfrei ist. In Deutschland sind aber durch die Lohnsteuer die größten Erträge geliefert worden. Und wenn im Jahre 1925 die 18 Millionen Lohnsteuerpflichtigen 1 1/2 Milliarden Lohnsteuer bezahlen, dann entfallen auf den Kopf 83 Mark jährlich. Von den 7 Millionen selbständigen Steuerpflichtigen aber wird nur eine Einkommensteuer von einer halben Milliarde erwartet. Sie zahlen also pro Kopf nur 71 Mark, also 12 Mark pro Jahr weniger als die gering bezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger!

Auch auf allen andern Gebieten bringt die Steuerreform dem Besitz wesentliche Erleichterungen.

Er soll erhalten:

1. Bei der Einkommensteuer eine Senkung des Tarifs, den Fortfall der Vorbelastung durch die Kapitalertragssteuer, von 10 Prozent Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne bis zu 25 000 Mark, Steuerfreiheit für die meisten Spekulationsgewinne.

2. Bei der Körperschaftsteuer den Fortfall des Zuschlags von 15 Prozent und die Steuerfreiheit für nicht ausgeschüttete Gewinne.

3. Bei der Vermögenssteuer wird der Tarif durch den Fortfall der Progression für große Vermögen erheblich ermäßigt. Der Notopferzuschlag, den die Kleinen bezahlt haben, wird für die Großen ganz aufgehoben. Für 1924 werden statt vier nur zwei Ratenzahlungen erhoben.

4. Bei der Erbschaftsteuer wird der Tarif ebenfalls ermäßigt. Die Besteuerung des Gattenerbes unterbleibt. Also können alle Kapitalisten ihre Erbschaften ebenso der Steuer hinterziehen wie Stinnes. Die Stundungen für die Erbschaften bei landwirtschaftlichem Besitz bleiben ebenfalls erhalten. Eine Nachlasssteuer wird nicht erhoben.

5. Auch die Steuern auf den Kapitalverkehr werden erheblich herabgesetzt.

6. Die Vermögenszuwachssteuer wird bis 1919 außer Kraft gesetzt.

7. Die Besteuerung der Inflationsgewinne unterbleibt vollständig. Weder die vorgezeichnete Einkommensteuer für den unbauten Grundbesitz wird erhoben, noch sollen die sonstigen Inflationsgewinne erfaßt werden. Dem bebauten Grundbesitz wird durch die Mietsteigerung und dem für 1928 versprochenen Fortfall der Hauszinssteuer ein gewaltiger Vermögenszuwachs in Aussicht gestellt.

Zwar ist es uns gelungen, die Umsatzsteuer von 11 1/2 auf 11 Prozent zu ermäßigen. Aber diese Ermäßigung ist so gering, daß eine wirtschaftliche Entlastung des Massenverbrauchs davon kaum zu erwarten ist. Bei der Lohnsteuer wird zwar für die kleinen Einkommen ebenfalls eine geringe Verminderung eintreten. Sie ist aber so geringfügig, daß bei dem zu erwartenden Steigen der Verteuerung der Lebenshaltung die Steuerlast trotzdem höher sein wird als gegenwärtig.

Diesen beiden Erleichterungen aber steht

Verschärfung der Verbrauchsbesteuerung

und die gewaltige Erhöhung der Mietsteuer gegenüber. Nicht nur Bier und Tabak, sondern selbst so Lebens-

notwendige Nahrungsmittel wie Zucker und Salz werden in stärkerem Maße als bisher Steuerlasten zu tragen haben. Vor allem aber wird die Mietsteuer stark angepannt werden. Im Jahre 1924 betrug der Ertrag der Mietsteuer im ganzen Reich für fiskalische und Wohnzwecke zusammen 982 Millionen. Künftig werden es bei einer Miete bis 100 Prozent 2 1/2 Milliarden sein, bei der zu erwartenden weiteren Mietsteigerung noch erheblichere Beträge. Dazu kommt, daß auch dem Hausbesitz eine erhöhte Rente gewährt wird. So eilen wir also mit Riesenschritten den freien Mietern zu, die unbegrenzt sind und denen eine Steigerung der Löhne, Gehalte und Renten auch nicht annähernd in demselben Maße gegenübersteht.

Zollwucher, Steuerdruck und Mietwucher

sind die drei großen Ziele, für die der Rechtsblock kämpft. Das war sein Ziel, als die Regierung Luther im Januar in den Sattel gehoben wurde. Deshalb haben Luther und Stresemann immer erklärt, daß die neue Wirtschaftsgegebung nicht mit der Sozialdemokratie gemacht werden könne. Weshalb Deutschland eine Rechtsregierung bekommen mußte, sollte deshalb jetzt auch dem einfachen Menschen klar sein. Mit der Linken machte man Politik, so lange die außenpolitische Lage es verlangte. Jetzt aber, wo es gilt, die durch das Londoner Abkommen begrenzten Lasten zu verteilen, da will man durch soziale Erwägungen und Rücksicht auf die Volksmasse nicht gehindert sein. Rücksichtslos wird der durch Betrug erworbene politische Einfluß zur eignen Bereicherung mißbraucht.

Die Millionen Wähler, die am 7. Dezember und am 26. April die Rechtsparteien unterstützten, erhalten nun die Quittung für ihre Leichtgläubigkeit. In den nächsten Monaten werden die Auswirkungen der neuen Wirtschaftsgegebung sich in steigenden Preisen, sinkenden Löhnen und Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigen. Das Kapital aber wird sich aus der Krise befreien und „gesund machen“. Sein Profit wird so hoch, seine Lasten werden so gering sein, daß selbst bei nicht voller Beschäftigung ein größerer Profit winkt als bisher. Das aber ist das wahre Ziel des Rechtsblocks. Nicht wirtschaftliche Gesundung des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft, sondern Gesundung des Kapitals und Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Kapitalisten.

Den irregeführten Massen des deutschen Volkes aber muß die Erkenntnis beigebracht werden, daß erst dann eine Besserung ihrer Lage herbeigeführt wird, wenn die Macht der Rechtsparteien gebrochen und der politische Einfluß der Arbeiterklasse durch Stärkung der Sozialdemokratie sichergestellt ist.

Paul Herk.

Severing in Schneidemühl.

Der preußische Innenminister Severing hat durch sein persönliches Eingreifen in Schneidemühl den aus Polen ausgewiesenen Optanten rasche Hilfe gebracht. Binnen 24 Stunden hat sich die Lage und die Stimmung der Flüchtlinge in Schneidemühl verändert. Zur Verbesserung der Verpflegung wurden noch vier Feldküchen aus Berlin nach Schneidemühl geschickt. Ferner wurden 9000 Decken von Berlin nach dem Flüchtlingslager transportiert.

Die Kinder der Flüchtlinge, von denen jede gesundheitliche Gefährdung ferngehalten werden muß, werden in Kinderheimen entweder in Schneidemühl oder an der Dänische untergebracht oder in sorgsame Privatpflege gegeben. Die Schwierigkeit bei der Unterbringung der Kinder liegt darin, daß die Eltern sich nicht gern von ihren Kindern trennen. Für die technischen Arbeiten im Flüchtlingslager steht genügend Schutzpolizeipersonal zur Verfügung.

Die Reichspresse hat den Versuch unternommen, das Optantenelend zu einer fröhlichen Sache gegen den preußischen Innenminister zu mißbrauchen. So schreibt die „Deutsche Zeitung“, die „Schande von Schneidemühl“ komme auf das Konto der preußischen Regierung. Wenn in der Optantenfrage Veräumnisse vorliegen, dann liegen sie bei der Reichsregierung, insbesondere bei dem Auswärtigen Amt, das erst in dem Augenblick den Ernst der Situation begriff, als die polnischen Konsulate den Abtransport der polnischen Optanten aus Deutschland organisierten. Nur infolge der Vertrauensseligkeit des Auswärtigen Amtes konnten die Maßnahmen zur Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge sozulagen erst im letzten Augen-

blick vorgenommen werden. Aber sobald das Unvermeidliche feststand, hat Severing rechtzeitig die Behörden der Uebergangsstellen mit ausreichenden Vollmachten — auch finanziellen — versehen. Als dann trotzdem alarmierende Meldungen aus Schneidemühl kamen, schaffte der preußische Innenminister in 24 Stunden Wandel. Die leitenden Persönlichkeiten des Lagers in Schneidemühl haben ausdrücklich bestätigt, daß nunmehr die finanzielle Frage — und das ist schließlich die Kernfrage — vollkommen zu ihrer Zufriedenheit geregelt ist. Was die Vertrauensseligkeit der Reichsregierung verbroschen, das hat Severing durch seine Energie rasch wieder gut gemacht. Dafür gebührt ihm Dank.

An amtlichen Stellen liegt bis zur Stunde noch keine Meldung vor, daß Polen gegenüber den deutschen Optanten, die noch nicht die Grenze überschritten haben, mit Gewalt an dem Abbruch vorguckt. Die Gründe für das Verhalten Polens liegen wohl darin, daß der größte Teil der für den ersten Termin in Frage kommenden Ausgewiesenen die Grenze überschritten hat und Polen sich wegen der strittigen Fälle nicht noch mehr blamieren will.

Der erste Akt der Optantentragödie ist noch nicht zu Ende. Allein schon jetzt muß die Frage gestellt werden: soll auch der zweite und dritte Akt der Tragödie zu Ende gespielt werden? Die maßgebenden Stellen haben wenig Hoffnung, daß Polen einlenken wird. Gleichwohl dürfen die Hände nicht müßig in den Schoß gelegt werden. Es ist bezeichnend, daß bis in die letzten Tage hinein immer wieder Gerüchte über eine Vermittlung des Auslands in der Optantenfrage, z. B. von Seiten Englands, auftauchten. Der gesunde Menschenverstand sträubt sich eben gegen den Gedanken, daß größtmahmüßiger Nationalismus, wie er in Polen heute herrscht, die Barbarei der Massenausweisungen konsequent durchzuführen darf und daß alle drei Akte des Trauerspiels bis zum bitteren Ende gespielt werden sollen. —

Ein Brief an Hindenburg.

Die Aufwertungsverbände sind in ihrer Agitation außerst rührig. Der „Reichsverband der Besitzer deutscher Anleihen“, Sitz Hamburg, hat folgenden Brief an Hindenburg geschrieben:

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Wir ehren die Unterschrift des Reichspräsidenten unter jedem Gesetz. Ein. Erzellenz haben aber in der Osterboischaft an das deutsche Volk die Heiligkeit des Rechtes zuacragt. Trotz aller Ehrfurcht vor Ein. Erzellenz können wir daher, soweit die Aufwertungsgeße in Frage kommen, nicht folgen und müssen uns zu dem Standpunkt des Möllers von Tausenbeck bekennen, indem wir im Glauben an die Heiligkeit des Rechtes die Entscheidung des obersten deutschen Gerichts anrufen und das Gesetz über die Ablösung der öffentlichen Anleihen ansetzen.

Wir vertrauen auch auf das Urteil des Reichsfinanzlers Fürsten Hismard, welcher im Februar 1886 im Preussischen Abgeordnetenhaus folgende Worte sprach, als auch ein verfassungswidriger Antrag gestellt wurde:

Nach einer Frage nach dem Erfolg, den Sie sich von diesem Antrag überhaupt versprechen; einen rechtlichen können Sie unmöglich davon erwarten; sollte aber bei dem einen oder dem andern die Abicht zugrunde liegen, mit Hilfe der Institutionen in der Presse die preussischen Gerichte einzuschüchtern, dann bin ich sicher, daß dieser Versuch an dem Mut und dem christlichen Rechtsinn unserer Richter scheitern wird.

In tiefer Ehrfurcht verharren wir als Ein. Erzellenz ergebenste

gez.: Fr. Peterjen, gez.: Magnus Graf Platen, gez.: Krogmann.

Die Gerichte sollen also helfen, nachdem der Glaube an die „nationalen“ Parteien und der Glaube an Hindenburg zusammengebrochen ist. —

Der Dank der Sparer.

Am Sonntag fand eine Delegiertenversammlung der Landesverbände des Hypothekengläubiger- und Sparererschutverbands für das Deutsche Reich statt, auf der u. a. folgendes beschlossen wurde:

Die Angriffe, welche von der deutschnationalen Partei und Presse fortgesetzt gegen unsern verehrten Führer Dr. West erhoben werden, weist der Verband als Verleumdungen, die als solche demnächst gerichtlich festgestellt werden, auf das schärfste zurück.

Zugleich dankt die Versammlung der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei für das große Entgegenkommen, das sie Herrn Dr. West gegenüber

Ein General, der die Wahrheit sagt.

Am 1. und 2. August fand in Dresden eine Erinnerungsfest der Verbände sächsischer Pioniertruppen statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der sächsische Generalleutnant a. D. Kortmüller eine Rede, die in bemerkenswerter Weise von den üblichen Festansprachen abweicht, indem sie weniger patriotischen Schwulst, als vielmehr ein offenes Bekenntnis zu den Tatsachen enthält und die Solchloslegende ebenso klar wie rückichtslos widerlegt. General Kortmüller erklärte, daß die Ziele des Strategen Schlieffen den ersten beiden deutschen Heerführern zwar gut vertraut gewesen seien, daß diese es aber leider nicht verstanden, mit aller Richtigkeit sie allein richtigen Pläne durchzuführen. „Das ist“, erklärte General Kortmüller, „ein Grund dafür gewesen, daß der Stellungskrieg begann. Als Hindenburg später die Führung übernahm, konnten überhaupt kriegsentscheidende Stöße nicht mehr unternommen werden. Die Angriffe wurden zwar immer abgewiesen, schwächten aber die deutsche Militärkraft ganz erheblich. Dazu trat bald Hunger und Not. Wir erlitten das Los der eingeschlossenen und belagerten Meisenfestung.“

General Kortmüller genoss das Ansehen eines klugen und als liberal geltenden Mannes bei Offizieren und Mannschaften. Im Kriege wurde er bezeichnenderweise nur auf untergeordneten Posten verwendet. Wenn er fortjährt solche Reden zu halten, ist ihm das Schicksal der Deimling und Schönaich sicher. —

Der unbequeme Waffenstillstand.

Der englische Wirtschaftsfriede ist vorläufig erhalten worden. Die Kriege ist vertagt, der Ministerpräsident hat der Industrie Staatszuschüsse für neun Monate angeboten, die Kündigung des Tarifvertrags ist für vierzehn Tage zurückgezogen und es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß in diesen vierzehn Tagen eine weitere Verlängerung des bestehenden Kollektivvertrags bis zum 1. Mai 1926, dem Tage der Beendigung der Staatszuschüsse, zustande kommen wird.

Das erste Gefühl im Lande war allgemein das der Erleichterung. Aber schon bald stellte sich in bürgerlichen Kreisen, insbesondere im konservativen Lager ein recht widersprüchliches Gefühl ein. Nicht nur, weil man zu begreifen begann, daß dieser Waffenstillstand tief in die Taschen der Steuerzahler hineingreift und voraussichtlich die im jüngsten Budget vorgesehene Ermäßigung der Einkommensteuer zu zwei Dritteln annullieren würde, sondern weil man sich klar wurde, daß es sich hier um einen ausgebrochenen Sieg der Arbeiterklasse, um eine kaum verhüllte Kapitalulation vor den Gewerkschaften handelte, und es ist klar, daß dies, abgesehen von dem speziellen Falle, wegen seiner symptomatischen Bedeutung einen erheblichen Tropfen Bitterkeit in das Gefühl der augenblicklichen Erleichterung mischt.

So sind weder die Regierungsmänner selbst, noch die Unternehmer von der jetzigen Regelung sehr erbaut. Lloyd George sagte in einer Rede, die jegliche Lösung sei die unkaufmännischste der unkaufmännischen Handlungen der Regierung Baldwin. Keine Regierung, weder Englands noch irgendeines andern zivilisierten Landes, sei je eine förderliche Verpflichtung eingegangen. Der Premierminister habe einen Blankowechsel unterzeichnet, und der Steuerzahler müsse nun die Rechnung für alle begangenen Fehler begleichen, für die Fehler des Schatzkanzlers, der Admiralität, der Bediensteten und einiger Bergarbeiterführer. Es gebe nichts Verhängnisvolleres, als eine schwierige Lage von kleinen Leuten behandeln zu lassen.

Aber die „kleinen Leute“ der englischen Regierung sind froh, eine Kalgenfrist gewonnen zu haben, denn vor den Toren stehen kampfbereitete die Heere der organisierten Arbeiterklasse. Baldwin weiß auch, daß die jetzige Lösung, wie der Londoner „Manchester Guardian“ schreibt, einen Tri-

Witternis im Herzen ob der kleingeistigen Spätertrüberei seiner Heimat entlichte. Frankreich, England, Italien, Überall herrscht er überall, und mit dreißig Jahren ist er im Ausland ein Meister in der Kunst der Würdevollhaltung.

Die Heimat wundert sich über die fremden Erfolge des Mannes, der aus armer Schuhwerkherstellung, der in einem Kette geboren war, das sein Vater aus Preußen zimmerte, die jubor in einem Leidenfeller ihre Dienste gelan hatten, dessen Mutter, nach der Einschätzung der wohlhabenden Nachbarn „nichts getaugt“ hatte. — Er aber antwortet mit Bitterkeit im Herzen: „Wenn Dänemark in mir einen Dichter besitzt, dann hat es auch gewiß nicht durch Liebe dazu erzeuget.“

Einmal auf der Leiter des Erfolgs, des anerkannten Ruhms, gab es für den Dichter kein Auker mehr. Ununterbrochen ist sein Schaffensdrang. Kaiserlicher beabsichtigten Dramen ein paar gute Romane, „Der Imperator“ und „Der Geiger“ (die auch heute noch bei uns immer wieder neu gedruckt und gern gelesen werden), und dann die vielen Bände der „Märchen für Kinder“. Diese Märchen sind es, die den Dichter allenthalben, barmherzig in Deutschland, wein und heul befecht machten, die ihn zum persönlichen Freunde vieler Großen seiner Zeit werden lassen und die ihm den Weg in gelehrte Akademien und fürstlichen Höfen öffneten.

Was war es, das seinen Märchen den Erfolg bei sich und Heim verschaffte, was diesen Weltruf einbrachte? Nun, die tiefe Weisheit, der sonnige Humor, der in ihnen liegt. Dazu die launige Form, die der Erzähler meißelt. Nicht zuletzt auch ein wenig die überlegene, lachende Ironie, die er zuweilen so behaglich und aufschneidend ohne Absicht hier und dort einstreut. Deshalb der Dichter aus von den zwei Seiten des Märchens, brach, von dem doppelten Sinn derelben, von dem Echarakter, der mit klein und groß lachert und mit hoch und niedrig Federball spielt, und mit dem Universum, der ernst, gerecht und wahr alles auf den rechten Platz stellt!

Zu dem schenken, was Hans Christian Andersen geschaffen hat, gehört nächst den Märchen von all den vielen fremden Dingen und all dem fremden Volk vornehmlich seine eigene Lebensgeschichte, die er in seinem Alter schrieb und die unter dem Titel „Das Märchen meines Lebens“ bekannt ist. Es ist bei diesen geistig bedeutenden Menschen und später so wohlberühmten Dichter, der aus den Tiefen des Volkes kam, seine Heimat anerkannt, als sie es aber tat, dann geschah dieses auch mit allen Weibern. Andererseits wurde der berühmteste Dichter Dänemarks, dem die Kinder, dem das Volk, dem die Akademien baldigen.

Als er vor fünfzig Jahren starb, hat er es gern; hatte ihn doch eine schlimme Krankheit bereits jahrelang ans Bett gefesselt.

umph der Arbeiter bedeutet, aber er mußte, im Gegensatz zu den „großen Leuten“ im liberalen Lager außerhalb der Regierung und der Verantwortung — handelnd eingreifen. Ungern, denn giftig sagte er in einer Rede, in welcher er das Regierungsangebot verteidigte: Später würde das Land darüber zu entscheiden haben, ob England von einem Parlament oder einer Handvoll Gewerkschaftsführer regiert werde.

Die englische Arbeiterklasse sieht dieser angekündigten späteren Entscheidung mit Zuversicht entgegen. Sie hat keine Lust, mit größeren Entbehrungen wirtschaftspolitische Fehler der ändern zu bezahlen. —

Der Mord in Wien.

Die reaktionäre Presse in Oesterreich und Deutschland nimmt den Vorfall vom Sonnabend, bei dem ein junger Mensch, Mochapel, erstochen wurde, als Anlaß zu einer wüsten Hege gegen Juden und Marriiten. Es sei deshalb festgestellt, daß der Täter mit der organisierten Wiener Arbeiterklasse nichts zu tun hat. Er ist bereits achtmal wegen Kleberfälschung verurteilt und der Polizei als Zuhälter bekannt. Er wurde einige Stunden nach der Tat im Prater bei einer neuen Schlägerei verhaftet und hat auch ein Geständnis abgelegt. Als Grund für seine Brutalität gegen den ihm persönlich unbekanntem jungen Menschen gibt er an, daß der Geordnete, als er sich gegen mehrere Leute wehrte, ihn mit dem Fuß angestoßen habe. Er selbst gehört auch keiner Partei oder Gewerkschaft an und hat auch mit dem Republikanischen Schutzbund nichts zu tun.

Der Wiener Polizeipräsident Schaber, der ursprünglich der Vorkläre vom Sonnabend seinen Urlaub unterbrochen hat und nach Wien zurückgekehrt ist, sagte in einer Unterredung, daß das „Neue Wiener Tagblatt“ widerrechtlich die falsche Anschuldigung habe seinen Inhaltspunkt dafür ergeben, daß der Republikanische Schutzbund an der Mordtat beteiligt ist.

Nachdem es zu den letzten Wochen vorausgegangenen Zusammenkünften infolge der Zudringung hakenkreuzerlicher Korporgedemonstrationen gekommen ist, hat die Wiener Polizei den Betrieb von allen Kundgebungen auf dem Praterboden und Umgebung verboten. —

Französischer Bankbeamtenstreik.

Aus Paris wird uns geschrieben: Ein Streik in Frankreich spielt sich nicht so geordnet ab wie in Deutschland, wo nur ein Organisationsleiter auf den Knopf zu drücken hat, um eventuell im ganzen Reich alle Mäder stillsetzen zu lassen. Bei dem jetzigen Bankbeamtenstreik in Frankreich fand sich zunächst eine ganz kleine Gruppe in Marseille zusammen, die erst in den Streik trat, als sie ganz sicher war, daß weitere Kollegen sie unterstützen würden. Nur langsam verbreitete sich die Bewegung auf Paris und die Provinz aus. Da gibt es dann die bekannten Diktatorigkeiten von Seiten der Direktoren, die schnell den eigentlichen Anlaß zur Vergrößerung des Ausstandes geben. So weigerten sich in Paris die Bankverwalter, die Führer der Angestellten zu empfangen, was dem Streikführer sofort neue Tausende den Rücken anzuführen. Darauf stehen es sich die Direktoren nicht nehmen, allen Streikenden Briefe zuzuschicken, in denen die Kündigung ausgesprochen wurde, falls nicht am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen würde. Erlosch am Montag hatten 5 Prozent der Angestellten ihre Arbeit verlassen und durchzogen die Straßen mit dem Ruf: „Wir wollen 100 Frank!“ Die Direktoren wollen nur eine Erhöhung von 45 Frank monatlich zugestehen, und einige auch Desiderat für das neue Jahr!

Ein französischer Bankbeamtenstreik bedeutet: Es ist manches faul im Staate Frankreich! Die Löhne und Gehälter stehen in so großem Gegensatz zu den allgemeinen Lebenskosten, daß weitere Streikbewegungen von Arbeitern und Angestellten folgen müssen. Die Reaktion bemüht sich, die berechtigten Forderungen unzulässigen in die angebliche Absicht der Streikenden, die soziale Ordnung über den Kopf zu stellen, und durch die soziale Ordnung aber durch die Bezahlung von Hungergehältern! In Marseille a. V. bekommt ein Bankbeamter, der Familienvater von vier Kindern ist, nach 25jähriger Tätigkeit in immer derselben Bank 475 Frank im Monat! In Paris, wo das Leben etwas teurer ist, erhalten Angestellte nach jahrelangen Diensten 300 bis 500 Frank, und nur 400 bis 450 Frank, wenn sie das Glück haben, wecheln zu sein.

Man hat von Regierungsseite darauf hingewiesen, wie unzulässig es für die Handelswelt sei, daß der Streik gerade an der Monatswende stattfindet; man hat ferner gesagt, die Zeichnung der jetzigen Cailleux-Anleihe und damit das ganze französische Finanzsystem käme in Gefahr, wenn die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen würde. Darauf haben die Angestellten verschiedener Banken, um ihren Willen zu zeigen, daß es ihnen nicht auf Erzeugung von Unruhen, sondern nur auf Durchsetzung ihrer Lebensforderungen ankommt, sich bereit erklärt, die Bankkunden, die Anleihe zeichnen wollen, selbst während des Streikes abzufertigen. Das ist wohl das äußerste Zeichen von Entgegenkommen. Andererseits hat die „Banque Nationale de Credit“, deren Angestellte als erste von zehn Tagen in den Streik traten, die in voriger Woche fälligen Gehälter nicht ausbezahlt. Infolgedessen veranlassen die Angestellten der übrigen Banken eine Sammlung für die Streikliste, die 5122 Frank erbrachte.

Erstreckt wird die Aufstellung einer festen Gehaltsberechnung für die verschiedenen Beamtenkategorien in ganz Frankreich, jeweilige Erhöhung der Gehälter bei Steigerung der allgemeinen Lebenskosten, rechtliche Anerkennung der Beamtenvereinigungen und Einsetzung eines Disziplinarrats. In der Aufstellung dieser Forderungen und in dem Willen, sie durchzusetzen, sind diesmal alle einig, von den Katholiken bis zu den Kommunisten. Ja, es hat besonders Eindruck gemacht, daß sogar der Erzbischof von Marseille für die Erreichung eines „gerechten Lohnes“ gebetet hat. Die gemeinsame Stoßkraft der freien, der christlichen und der kommunistischen Gewerkschaften wird die Bankdirektoren bald zur Bestimmung bringen.

Notizen.

Ein neuer Zentrumminister im Kabinett Luther? Der Reichszugler hat dem Zentrum das Ministerium für die besetzten Gebiete angeboten. Für dies Ministerium ist Herr von Guérard, der Führer des rechten Flügels des Zentrums, vorgesehn. —

Neuwahlen in Baden. Der badische „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministers des Innern, wonach die Neuwahlen zum badischen Landtag am Sonntag den 25. Oktober stattfinden sollen. —

Tabach und Hillein. Der Vorkläre des Reichstags bejahte sich am Montag nachmittag mit den Einprüchen, die die Abgg. Tabach und Hillein von der kommunistischen Partei gegen ihren Ausschluß durch den Vizepräsidenten Graef (Thüringen) in der Sonnabend Sitzung eingelegt haben. Die Mehrheit stellte sich im Vorklärenrat auf den Standpunkt, daß diese Einprüche unberechtigt seien. Die Entscheidung darüber wird das Plenum in der Plenarsitzung fällen. Von der kommunistischen Partei ist ferner ein Mißtrauensantrag gegen den Vizepräsidenten Graef eingereicht worden. Dazu nahm der Vorklärenrat vorerst noch keine Stellung. Dazu es tauchten geschäftsmäßige Zweifel auf, ob ein Mißtrauensantrag gegen einen der Präsidenten überhaupt zulässig sei. Diese Zweifel sollen zunächst im Geschäftsordnungs-ausschuß beraten werden. —

Garantiert echt Hiltler. Aus einer parteiamtlichen Mitteilung Hiltlers im „Völkischen Kurier“ geht hervor, daß es sich bei den Mitgliedern des „Nationalen Bundes für Wehr und Rasse“, die vor einigen Tagen wegen ihres Mordanschlags in Leipzig auf den nationalsozialistischen Major a. D. Braune verhaftet wurden, um halbwertige Parteigenossen Hiltlers handelt, denn er selbst hatte seinerzeit ihre Mitteilungsblätter ausgereicht. Nachdem in einem Brief des „Völkischen Beobachters“ der „Nationale Bund für Wehr und Rasse“ als eine nationalsozialistische Firma gekennzeichnet ist, werden in der parteiamtlichen Mitteilung die Mitglieder dieses Bundes, die bisher auch Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei waren, als nicht mehr zur Partei gehörig erklärt. —

Neue Todesurteile. In dem Prozeß gegen die kommunistische Militärorganisation von Sofia wurden von 23 Angeklagten 11 zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein Todesurteil wurde in lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die anderen Angeklagten erlitten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. —

Radiodienst der Volksstimme.

Bedenken des Zentrums.

Am 4. August. Die „Münchener Volkszeitung“, das führende Organ des Zentrums im Rheinland, macht zu der Meldung zu der bevorstehenden Ernennung des Zentrumsubgeordneten Guérard zum Minister für das besetzte Gebiet, beachtenswerte Bemerkungen.

Sie sagt in ihrem Artikel, soweit die „Münchener Volkszeitung“ unterrichtet sei, habe sich die Zentrumsfraktion mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt. Auf jeden Fall müsse die Fraktion dabei ein Wort mitreden, denn es handle sich nicht nur um die einfache Frage der Besetzung eines Ministeriums, sondern um die hochpolitische Frage, fester an das Kabinett Luther gebunden zu werden. Wenn die Zentrumsfraktion außer ihren beiden Verbindungsmännern, die sie jetzt im Ministerium habe, noch einen Ministerposten besetze, dann sei das Verhältnis der Fraktion zur Regierung ein wesentlich anderes. Vor der Übernahme des Ministeriums sei nicht nur die Zustimmung der Fraktion erforderlich, sondern auch eine erneute Erklärung über die Haltung der Fraktion dem Kabinett Luther gegenüber. Wenn auch die hinter der Regierung stehenden Parteien zurzeit sachlich zusammenarbeiten, so sei doch zu bezweifeln, ob aus dieser Art der Zusammenarbeit eine feste Bindung sich ergeben könne. (Aus dieser Auffassung der „Münchener Volkszeitung“ ist zu schließen, daß man in einflussreichen Kreisen des Zentrums nicht davon erbaut ist, sich durch die Übernahme eines weiteren Ministerpostens der Regierung Luther mit Haut und Haaren zu verschreiben. Red. Siehe auch Notiz.)

Amnestie für Reichsbeamte.

Berlin, 4. August. Im Rechtsausschuß des Reichstags gelangte heute ein Antrag Mosensfeld zur Beratung, durch den die Reichsregierung um die beschleunigte Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Amnestierung von Disziplinarvergehen von Reichsbeamten erucht wird. Reichsjustizminister Preußen gab die Erklärung ab, daß im Reichsministerium des Innern die Frage eines Amnestiegesetzes bezüglich der Disziplinarvergehen „bereits erwogen“ sei. Nur der Abgeordnete Pflieger von der bairischen Volkspartei widersprach dem sozialdemokratischen Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. —

Bergarbeiterstreik in Amerika.

New York, 4. August. In Atlantic City (Philadelphia) haben die amerikanischen Bergarbeiter am Montag beschließen, ab 1. September in den Streik einzutreten. Da riesige Kohlenvorräte auf den Halben liegen, die bis Januar ausreichen sollen, muß mit einer langen Dauer des Streikes gerechnet werden. —

Depeschen.

Eduard David erkrankt.

Berlin, 4. August. In der heutigen Plenarsitzung des Reichstags gab der Präsident Lübe bekannt, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Eduard David in einer am Vormittag stattgefundenen Fraktionsitzung einen Bluthitus erlitten hat. Der Gesundheitszustand des Abgeordneten David sei aber nicht bedenklich. —

Vorbereitungen mit Abd el Krim.

London, 4. August. „Times“ berichtet aus Langer, daß auf der Zusammenkunft zwischen dem Marquis d'Estelles und dem Ministären in Tetuan beide Parteien die Bedingungen mitteilten, unter denen es für möglich gehalten werde, Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die Angebotsanden wiederholten die Forderungen Abd el Krims nach der Unabhängigkeit des Rifgebiets sowie seine Forderungen, daß die Verhandlungen in Langer stattfinden sollen. Marquis d'Estelles feinerseits den Abgabegandten die auf der Madrider Konferenz vereinbarten französisch-spanischen Bedingungen mit. Die Ministären kehrten am Freitag nach Langer zurück und Sonntag ging ein besonderer Eilbote nach Abdir mit einem Bericht für Abd el Krim ab. —

„Freiwillige!“

New York, 4. August. Sechs von 129 Freiwilligen, die in Kuba für Kriegsdienste gegen Abd el Krim angeworben worden waren, machten den Versuch, von einem spanischen Schiffe, das sie beförderte, zu entkommen. Fünf von ihnen, die in den Flug sprangen, wurden rasch wieder eingefangen und in Ketten gelegt. Einer entkam. —

Forderungen der französischen Bankbeamten.

Paris, 4. August. Die Blätter geben die hauptsächlichsten Forderungen der streikenden Bankangestellten wie folgt an: Keine Strafmaßnahmen wegen Teilnahme am Streik, Bezahlung der Streiktage, eine veränderliche, sich den Lebenshaltungskosten automatisch anpassende Leistungszulage, gerechte Nachprüfung der Gehälter, Schaffung einer Pensionskasse, Einsetzung eines Disziplinarrates und Anerkennung der Gewerkschaften. —

OFFERTAG 1935

Beachten Sie unsere zahlreichen Schaufenster und Schaukasten!

Mengenabgabe vorbehalten!

Für 95 Pf. erhalten Sie:

- 1 Rasier-Garnitur in Etui 95
- 1 Karton Schreibpapier 50/50 95
- 4 Oktavblocks à 50 Blatt 95
- 200 weiße Kreppservietten gesägt 95
- 3 Girlanden 12-17 Stk. 95
- Schleiergardinen ca. 80 cm breit 95
- 1 Meter Matras 60 cm breit 95
- 1 1/2 Meter Gardinen-Einsätze schiffartige 35 cm breit, erstklassige Qualität 95
- 3 Meter reinseidenes Tafelhand ca. 4 cm breit, alle Farben 95
- 1 Meter reinseidenes Tafelhand ca. 18 cm breit 95
- 2 Haarschleifen mit Saltem 95
- 9,20 Meter Madapolam-Stickerei 95
- 4,60 Meter Madapolam-Stickerei Guttermuster, 5-8 cm breit 95
- 2 Stück Stickerei-Bremdespassen mit Sobhansträgern 95
- 1 Watrosenkragen mit Knoten 95
- 16 Meter Zwirnspitze ca. 3 cm breit 95
- 10 Meter Maschinenspitze 95
- Kinder-Schotten gr. Brustauswahl, 1 Meter 95
- 8 Stück Bam.-Nahlsaumtücher weiß, 50x70 95
- 5, 4 od. 3 Stück Herren-Taschentücher geschichtet, weiß u. handl. od. blau 95
- 6, 5 oder 4 Damen-Stickertücher elegante Ausführungen 95
- 4, 3 od. 2 Stück karierte Wischtücher eingefärbte gute Qualitäten 95
- 2 Meter Gerstenkörn-Handtuchstoff weiß mit roter Karze 95
- 1 Arbeiter-Serviteur gereift, 100% Baumwolle laut Bild 95
- 1 Holzschrank 95
- 1 Zahnputz-Baby 95

Unsere Schlager für 1.95

- 1 Kontobuch 8. Folio, 324 Z. hart 1.95
- 1 Schreibzeug mit 2 Fäss. u. 1 Löcher 1.95
- 1 Platte für Sprechapparate 1.95
- 1 Sammelrahmen 1.95
- 1 Romanbuch in Ganzleinen 1.95
- 1 Zerstäuber mit Hängebalk u. Düse 1.95
- 1 Dam.-Handtasche Kofferform 1.95
- 1 Picknick-Koffer mit Blechglas 1.95
- Rucksack** mit Saige u. Lederriemen 1.95
- Halbstores mit breit. Einfas u. Spitze 1.95
- 1 Keisekissen mit Füllung, dunkler Satin 1.95
- 1 Bettvorleger Perfer mittlern, 2seit. 1.95
- 1 Meter Matras hell, 100 cm breit 1.95
- 4 Meter Maschinen-Klöppelspitze 1.95
- 3,95 Mit. la. Gitterstickerei ca. 7,8 cm breit 1.95
- 1 Meter Rockstickerei ca. 35 cm breit, prima Ausführung 1.95
- 3 Meter Wäschestoff 1.95
- 1 Meter Bettlamast-Satin oder isoliert, Bettbreite 1.95
- 1 1/2 Meter Lines Stoffbreite oder 1 Meter Linnen, Bettbreite 1.95
- 1 Meter Anzugstoff für Herren-Anzüge, 140 cm breit 1.95
- 1 Mit. Romespun 2. Köhne, 140 cm breit 1.95
- 1 Meter reinwollener Kleiderlammell zum Ansetzen 1.95
- Kleiderrolle Jacquardweb, prima Saie, 1 Meter 1.95
- 1 Meter Helvetia-Seide schwarz, web, orange Farben 1.95
- 1 Kunstleder 45x70 cm, weiß oder alle Farben 1.95
- 1 Tischlecke farbig, Seidenwolle oder Seidenwolle gebildet 1.95
- 3 Meter Brillenstoffscheit weiß oder grau gefärbt 1.95
- Hand-Servietten 50x50 cm, 12er Packung 95

Nachstehend einige Beispiele:

- 1 P. Seidenflorstrümpfe Doppelfarbe u. Soehse 1.95
- 1 Eimer mit 1 Schaufel 95
- 1 großes Wolltier 95
- 1 Trittroller 1.95
- 1 Holzsandwagen 1.95
- 1 gekl. Gelenkpuppe 1.95
- 200 Gramm Strickwolle Grünbaum 1.95
- 5 Rollen je 50 Gramm Heftigarn 1.95
- 1 Klammerschürze grau oder weiß mit Jacquard-Lante, geq. 1.95
- 1 Küchenischdecke 1.95
- 4 Kreuzstichquadrate 1.95
- 1 Einsatz-Hemd "Louisiana", gebildet, mit schönen, modernen Einlagen laut Bild 1.95
- 1 Hemdrose fein gefaltet 1.95
- 1 Paar Plüschpantoffel mit Wattefüllung 1.95
- 1 Paar elegante Damen-Hausschuhe 1.95
- 1 Paar Holz-Schuhspanner 1.95
- 1 Aluminium-Wasserkessel schwere Qualität laut Bild 1.95
- 1 Zuckerkorb oder 1 Salzfäß 1.95
- 1 Tortenplatte mit Nickelrand 1.95
- 1 Kunstglasvase in weiß, antik 1.95
- 1 lange Perlenkette in weiß, antik 1.95
- 1 Papierkorb oder 1 led. Briefschale 1.95
- 1 Picknickkoffer mit Blechglas 1.95
- 1 Damen-Handtasche Kofferform 1.95
- 1 Rasierbesen poliert 1.95
- 1 Reibe-maschine 1.95
- 1 großes Seidenentwerfzeug 1.95

Für 95 Pf. erhalten Sie:

- 1 Spiegel mit Holzrahmen 95
- 1 Handtuchhalter mit Ausbaum 95
- 1 Zeitungsmappe Stoffgeleht 95
- 100 gr. Strickwolle Hausmarke Rotband 95
- 150 gr. Rockbaumwolle roh 95
- 2 Stück weiße Wäsche-Languetten oder Wörtchen je 7-12 Meter 95
- 15 Dtzd. Wäscheknöpfe in 6 St. sort. 95
- 8 Stück Taschentücher vorgezeichnet 95
- 1 Mitteldecke mit Sobhan geq. 95
- 1 schwarzes Ripskissen 95
- 2 Paar Damen-Strümpfe Ferse weiß 95
- 1 Paar Damen-Strümpfe Malo- oder Seidengeflecht 95
- 2 Paar Kinder-Strümpfe 95
- 2 Paar Herren-Socken grau 95
- 1 Paar Seidenflor-Socken prima, hellfarbig 95
- 3 oder 2 Paar Fäßlinge 95
- 1 Paar Hal-enturnschuhe mit Gummisohle, Gr. 25/31, 43/46 95
- 1 Paar Damen- o. Kinder-Pantoffeln für Damen oder Herren 95
- 1 Zuckerstreuer oder Keksdose 95
- 1 Aufsatz mit Nickelfuß 95
- 1 Alpakabörse 95
- 1 Herren-Uhrkette 2 Jahre Garantie 95
- 1 Lackledergürtel alle Farben 95
- 1 Handtasche 95
- 1 extra großes Einkaufsnetz 95
- 1 gestrickte Untertaille prima Ware laut Bild 95
- 6 Stück Blumen-seife 95
- 1 Zahnbürstenständer mit 2 Zahnbürsten 95
- 3 Stück Badeseife 95
- 1 Paar Bestecke aus Solinger Stahl 95
- 1 Kinder-Sweater im halben Jermeln Baumwolle 95
- 1 Trikotose dreifarbig 95

BARBARASCHA

Verteuertes Bier, verteuerter Tabak

Die neue Reichstagswoche begann wieder mit einer 11stündigen Dauer Sitzung. Wieder erhielten die Regierungsparteien ohne Ausnahme ihr Schweigegeflübe aufrecht.

In der mehrstündigen Debatte über die Umsatzsteuer nahmen von der Sozialdemokratie Dr. Herz, Beina, Kirschmann und Dr. Braun (Franken) das Wort. Auch die Kommunisten und die Bäckischen schickten den einen oder andern Redner vor.

Die wichtigsten Entscheidungen zur Umsatzsteuer vollzogen sich in namentlichen Abstimmungen. Dabei ergab sich, daß an diesem Montag die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der vorigen Woche stark abgenommen hat.

Am Nachmittag wurde in die Beratung der Biersteuer vorlage eingetreten. Für die Sozialdemokratie sprach Simon (Schwabens). Gegen die Erhöhung der Biersteuer sprach außerdem der Kommunist Buchmann, der Demokrat Fischer (Köln) und der bäckische Abgeordnete Hennig.

Die Tabaksteuer bekämpfte für die Sozialdemokraten Mayer (Baden). Er stellte fest, daß jetzt schon mehr aus der Tabaksteuer einkommt, wie die Regierung verlangt, daß eine Erhöhung derselben völlig unbegründet ist.

Am Schluß der Sitzung wurde die Beschwerde über den Ausschluß der beiden kommunistischen Abgeordneten der Geschäftsordnung gemäß ohne Debatte durch Abstimmung erledigt. Zugunsten der Beschwerde jedoch stimmten die Sozialdemokraten und die meisten Demokraten, weil man seinen Ausschluß für ungerechtfertigt anlaß, trotzdem wurde nach seiner Beschwerde wie die Höllens von der Mehrheit des Hauses abgewiesen.

Sitzungsbericht.

Bei der Eröffnung der Sitzung macht Präsident Lobe die übliche Mitteilung von den Urlaubsgesuchen der Mitglieder. Es haben diesmal 14 Abgeordnete längerer Urlaub, nicht wegen Krankheit, nachgesucht.

Demokraten, Kommunisten und Sozialdemokraten verlangen eine Reduzierung der Umsatzsteuer, die besonders von den Deutschnationalen früher auf heftigste bekämpft worden ist und jetzt mit allen Mitteln verteidigt wird.

Frühchein.

Erzählung von J. J. David. (3. Fortsetzung.)

So kam er heim. Es war eine unbezwingliche Sehnsucht in ihm, dazu ein heißer Zweifel, dessen Stachel aber noch nicht wußte, wohin er ihn führen sollte. Mit mühsamen Händen schlug er Feuer und, das Licht in der Nacht, betrat er das Schlafgemach, das er nun schon so lange gemieden. Da hand das ungeheure Geheiß; darüber, steif und ebenmäßig aufgetragen und von schmalen Goldleisten umfungen, einen Spiegel zwischen sich, waren die Bilder der beiden Gärten, wie sie vor Jahren ein auf seine Kunst reisender Niederländer in Del gemalt, das erste Ehepaar, das sich in dieser Stadt ihm anvertraut hatte: sie in ihrer ruhenden Schönheit, die jedoch nur durch Hüße gewonnen, wie manche Blumen, deren erst aller Duft vergangen ist, wenn sie sich ganz erschließen, er schlank, fast hager, mit düstern, braunem Haare, strengem Anebelbart und gelassenen, braunen tiefen Augen in einem von der Sonne gefärbten und mutigen Gesicht.

Sie hand neben ihm. So rauch, daß es eigentlich verwunderlich war, wollte man nicht glauben, sie wäre schon lange und verlangend diesen Schreie entgegen gefahrt. Wie sie eben das Bett verlassen: nur ein Tuch über der Brust, einen fliegenden, kurzen Rock würdevoll umgeworfen, mit losen, reichen, schwarzen Haaren. Was will der Herr? und eine ungebändigte Erwartung lag in den Worten, wie sie sprach, den etwas harten und fast klagenden Tonfall der Ungarin in der Stimme.

Abg. Herz (Soz.):

Dem Verfahren und der Durchführung der Veranlagung meinten wir große Bedeutung bei, weil die hinter uns liegenden Jahre lehren, daß nicht die Höhe der Tarife und die Art der Bewertung entscheidend sind für die Höhe des Steueraufkommens, sondern daß sie von der Art der Veranlagung abhängen.

Offenlegung der Steuerlisten

diese Beitragsleistung sichergestellt wird. Es ist falsch, anzunehmen, es handle sich um Strafmaßnahmen. Sowohl die Auf- und Betriebsführung, wie die Offenlegung der Steuerlisten sind nur Sicherheitsmaßnahmen gegen unrichtige Steuerleistungen.

verwandtschaftliche Beziehungen

zu den Finanzämtern Rücksichten bei der Ausübung der Buchprüfung verursachen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Wir unterstützen den Gedanken, die Auf- und Betriebsprüfung zu einer unabhängigen Behörde zu gestalten.

Ich bin erstaunt über die Antwort des Staatssekretärs Popitz, die er auf unsern Antrag zur Offenlegung der Steuerlisten gegeben hat. Er will Namen und Wohnort der wegen Steuerjahre rechtskräftig Verurteilten nicht nennen, um ihnen in ihrer bürgerlichen Existenz keine Schwierigkeiten zu bereiten.

die Bevölkerung in zwei Klassen einzuteilen.

Werden die von uns vorgeschlagenen Schritte jetzt nicht getan, so ist damit der Kampf gegen die Vorräte des Besitzes nicht erledigt. Angesichts der Tatsache, daß die Steuerreform das Steuerrecht nicht beseitigt, sondern noch verschärft, daß die Ungleichheit in der Art der Veranlagung fortbesteht, werden auch künftig weite Kreise des deutschen Volkes mit uns den Kampf für Steuerrechtschaffenheit auf dem von uns gezeigten Wege weiterzuführen.

Die Abg. Neubauer (Komm.) und Arndt (Komm.) verlangen nochmals die Offenlegung der Steuerlisten.

Es folgen dann die vorher zurückgestellten Abstimmungen. Die Kapitalverkehrssteuer wird in der Ausschlußfassung nach Ablehnung der Änderungsanträge angenommen. Zur Grunderwerbsteuer wird einstimmig ein Antrag Befreiung (sozial.) angenommen, der den Grunderwerb durch Anhalten, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen, von der Steuerpflicht befreit.

Umsatzsteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 131 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Bäckischen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der demokratische Antrag auf Steuerbefreiung für die freien Berufe. Die Steuerbefreiung der Konjunktionsgenossenschaften wird in namentlicher Abstimmung mit 233 gegen 124 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Herabsetzung der Umsatzsteuer

auf 1 Prozent wird mit 205 gegen 152 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Bäckischen abgelehnt; es bleibt bei 14 Prozent für die allgemeine Umsatzsteuer und 7 1/2 Prozent für die Luxussteuer. Die Ausschlußbeschlüsse zur Umsatzsteuer werden angenommen, darunter auch die vom Ausschluß beschlossene Bestimmung, daß Länder und Gemeinden keine Befreiung von der Umsatzsteuer mehr erheben dürfen.

Bier- und Tabaksteuer.

Abg. Simon (Schwabens, Soz.): Die Mehrheit des Steuer-ausschusses hat die Erhöhung der Biersteuer um durchschnittlich 50 Prozent beschlossen. Wir sehen darin eine schwere Schädigung der Wirtschaft, eine neue Belastung der breiten Massen.

Konzession an den Miß der Steuerflucht

bezeichnen, um durch die Bekämpfung des Verbrauchs Erleichterungen für die Besitzsteuer zu sichern.

Nach vor wenigen Tagen hat die Bahrische Volkspartei im Bahrischen Landtag die Biersteuer abgelehnt und gegen die Reichsregierung weidlich geschimpft. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist es davon still geworden, hier hat man sich schon auf den Unfall vorbereitet.

freiwillige Mehrleistung an die Entente

einzig und allein zur Schonung des Besitzes. Ein solches Verbrechen machen wir uns nicht mitschuldig. Wir warnen Sie, diesen verhängnisvollen Weg zu gehen.

Abg. Buchmann (Komm.) lehnt gleichfalls unter heftigen Angriffen gegen die Bahrische Volkspartei die Biersteuererhöhung ab.

Weil ich hab alles geordnet, wie es der Herr gewohnt ist und gern hat, sowie erst die strengen Herren fort waren von der Kommission.

„Und mein Becher?“ „Das? Das ist schon gut zwei Monat oder noch länger beim Silberbäcker. Weil es ist einmal gefallen und war verbogen, und der Tisch hat getagt, er wird es bringen auf die Wache und dann wieder auf die Wache, und dann war auf einmal die Vergoldung schlecht unvendig, und er hat gesagt, er muß sie richten, und hat er mit so Ausreden das Becherl noch bis zu heute.“

„Es ist gut.“ „Soll ich morgen geh'n in der Früh geh'n um ihn?“ und sie trat ganz dicht an ihn heran. „Nein, nein, geh schlafen,“ und wie sie in einer unangelegenen Hoffnung immer noch zögerte, sah er sie mit einem eigenen Blick an, vor dem sie heftig erröte. Denn neben der Strenge des Herrn lag auch ein Erschauen darin: das Erschauen eines Mannes, der eines Weibes Geheimnis zu ahnen beginnt.

Herr Niemannsneider war allein. Er mußte sich beinahe und alles erst in sich ordnen. Denn das war den ungeheuren Selang, was er eben erst erfuhr. Das mußte nach seiner ganzen Wichtigkeit begriffen sein. Demnach also hatte sein Gedächtnis das Zimmer in einer Form in sich aufgenommen, die längst nicht mehr zutrif. Ein Bild aus der Vergangenheit, vielleicht noch der erste Eindruck aus seiner jungen Ehe, hatte das Gegenwärtige verdrängt. Was aber war es dann mit jenem mächtigen Erlebnis, das mit solcher Bestimmtheit vor ihm gestanden, mit jenem grauenhaften Erwachen in der Einsamkeit, von dem ihm so jeder Umstand in der Seele eingegraben war, dabei ihm eins durch das andre verbürgt gewesen? Ah hier ein einziges Glied, so bestand die Kette nicht mehr; dann hatte er einen Traum für die Wahrheit genommen. Ihm stand somit die Schuld seiner Frau nicht mehr fest. Er brach in die Knie. Das Angewandte verberg er in den Kassen, und ein Krampf war in ihm. Es trieb ihn auf, in sein Zimmer. Dort lag er in Gedanken in der tiefen Finsternis. Und in die Wirnisse, in denen seine Seele rang, tönte aus dem Nachbarhaus ein leises Singen hinein: er wachte, drückte, beim Nehmiger, versammelten sich die Stille im Lande, hielten ihre geheimen Andacht und riefen mit ihren Palmen zu Gott. Vor dem hat er oft aus Pflichtgefühl an Angehörte gedacht. Nun trübten ihn die fliehenden Menschenstimmen wunderbar. Und so, wie die Verheißung einer Zukunft

voll Klarheit, erhob sich über den Dächern der Frühchein, und er entschämerte dabei.

Der frühe Morgen weckte ihn mit einem Entschluß. Er mußte sich ergebenen Menschen im Gefängnis, ihm verpflichtet um mehr als ein Ding. Und, wenn alle Verschuldung und Gutta ausgelöscht sein sollte durch sein Unglück, so bejah er jene Springbrunnen, die seit jeher bei uns zu Lande die festesten Schloßler aufsprangt: Gold. So warf er denn in fliegender Hast ein Zerklein hin und sandte es durch einen Bittler seiner Frauen. Sei sie schuldig, so möge sie's ihm gestehen, und er werde ihr ein Gift zuzubringen, das sie ohne alle Pein in die Ewigkeit führe. Begehre sie Aussicht der reinlichen Frage, so müße sie sich geeigneten Leibes bekennen, weil mit dieser Unternehmung ein Erkellesches an Zeit gewonnen würde. Sei sie aber reinen Gewissens, so möge sie's um Gottes willen ihm sagen, und es gäbe nichts, was er nicht zu ihrer Rettung wagte und unternehme. Dies getan, ging er als unfähig, mit sich selbst ins reine zu kommen, zu einem Beichtiger und offenbarte dem alles, was sich in und mit ihm begeben. Zum erstenmal brachten ihm die Worte des sehr ehrwürdigen Mannes seinen Trost und seine Veruhigung. Denn er hatte den Peinlichen offenbar nicht verstanden. Er wollte ihm mit seiner Pflicht gegen die Obrigkeit beruhigen, die er getreulich erfüllt, und die allein die letzte Verantwortung trafe. Seine Bedenken rügte er noch als fündhaft und sich aufhebend gegen Gott, der wohl wissen werde, warum er ihm und seinem Weib eine solche Prüfung zugesandt. Eine gelinde Waffe legte er ihm auf. Die Erwägungen in ihm aber waren zu mächtig, als daß sie durch einen Freitag, oder von einigen Paternosters, gewohnheitsmäßig geleiert oder selbst mit aller Zucht gesprochen, gestillt hätten werden können. Sein ganzes Leben stand in Frage, und da schien es ihm nicht genug, einem andern, und wenn's auch der höchste Willen war, alles zuzugestehen.

Auf die ganz gleichen Zugichte und Indicia hin, nach denen nun sein Weib abgeurteilt werden sollte, hatte er selber viele, so viele judiziert (berurteilt) und justifizieren (rechtfertigen) lassen. Geschah in diesem Fall Unrecht, so gewiß auch bei allen vorher. Und so arbeitete der Zweifel in ihm, ein fauststarker und stinker Pergamann, der sich durch Dunkel seine Gänge grabt und vor dessen Schlegel und Gezäh zu Schutt und Trümmern stürzt, was die Ketten stark und gleich den Ketten der Erde für Ewigkeiten gegündet erschien.

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. August 1925.

Fleischwucher.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Angesichts der steigenden Vieh- und Fleischpreise ist die Frage der Preisbildung für Fleisch, die auch andere Märkte, z. B. den Güterhandel, beeinflusst hat, wieder in den Mittelpunkt der Erörterungen getreten. Von besonderem Interesse ist die vom Berliner Polizeipräsidenten angeordnete Erhebung, die die mittlere Preisprüfungsstelle Berlin-Brandenburg augenblicklich durchgeführt wird. Die Situation ist ungefähr folgende: Die Preise für Vieh und Fleisch liegen sowohl bei dem Erzeuger als auch bei dem Großhändler und im Detailhandel weit über dem Friedensstand. Wir sind in den wenigen Wochen nach Veröffentlichung der Zollvorlage das teuerste Fleischland der Erde geworden. Trotzdem weist der Detailhandel darauf hin, daß eine Preiserhöhung von 15 bis 25 Prozent unbedingt notwendig ist, um den Fleischerberuf „eristenzfähig zu halten“.

Gerade dieser letzte Punkt kann den Untersuchungen nach den Ursachen der besorgniserregenden Preisbildung für Fleisch einen wichtigen Fingerzeig geben. Die verschiedenen Erörterungen über diesen Gegenstand bleiben an der Oberfläche haften. Ohne Zweifel sind die Steuern, die gestiegenen Frachten, die Zurückhaltung von Vieh durch die Landwirtschaft, um höhere Preise infolge der durch den Zoll veränderten Marktlage zu erzielen, und auch die Unterbindung des Viehimports nach Deutschland durch den deutsch-polnischen Handelskrieg und die Sperrung der Einfuhr von Dänemark und Holland unter der Verufung auf angebliche Seuchengefahr wesentliche Ursachen der Fleischteuerung. Volkswirtschaftlich ist aber die anormale Preisbildung für Fleisch, die wir jetzt erleben, nichts anderes als eine Frage der Lebenshaltung. Wir wollen das an einem Beispiel erläutern, und haben dabei einen ganz bestimmten Bezirk der Stadt Berlin im Auge, wo es vor dem Kriege fünf Metzger gab. Obwohl sich die Bevölkerungszahl in diesem Bezirk nicht erhöht hat und der Fleischkonsum ganz bedeutend gesunken ist, hat sich die Zahl der Metzger im Laufe von 10 Jahren von fünf auf elf erhöht. Wenn man den durchschnittlichen Verdienst eines Metzgers vor dem Kriege mit monatlich 250 Mark veranschlagt, so ergibt sich eine Summe von 1250 Mark. Es ist heute anzunehmen, daß der einzelne Metzger in diesem Bezirk monatlich mindestens 400 Mark verdienen muß. Das ergibt eine Summe von 4400 Mark. Die Lebenshaltung im Detailhandel von über 100 Prozent macht sich also in einer Steigerung der Belastung von 1250 auf 4400 Mark bemerkbar.

Selbstverständlich ist es der Käufer, der Konsument, der Arbeiter, Beamte und Angestellte, der diese Belastung tragen muß. Ohne Zweifel liegt hier einer der wichtigsten Gründe für die Preissteigerung vor. Wenn man den ganzen Produktionsgang betrachtet, kann man Ähnliches auf dem ganzen Wege feststellen, den das Fleisch vom Erzeuger bis zum Konsumenten nimmt. Es handelt sich hier um ein allgemeines Problem, das in der ganzen Struktur unserer Marktwirtschaft begründet ist. Selbstverständlich kann man dort mit einzelnen Maßnahmen nicht viel ausrichten, da hier eine Vereinigung der Wirtschaft notwendig ist, die bisher durch Regierung und Unternehmertum vereitelt und verhindert worden ist.

Fahrende Gesellen.

In der Halberstädter Straße gab es am Montag mittag einen kleinen Menschenauflauf. Ueber das Pflaster rollten drei Zirkuszüge einer kleinen „Artisten“gruppe, die irgendwo auf den Dörfern den Bewohnern die abendliche Langeweile vertreiben wollen. Dem Wagen folgten im gemütlichen Schritte zwei richtige Kamele und in etwas schnellerem Tempo sechs Pferde, sicherlich „dressierte“, da sie nicht nötig hatten, die Wagen zu ziehen. Die Wagen waren reichlich hunt angestrichen und trugen in schwarzer Schrift den stolzen Namen Zirkus! Die Gänge, die die Wagen zu ziehen bestimmt sind — also jedenfalls nicht über die beneidenswerte Veranlagung verfügen, in der „Arena aufzutreten“ zu können —, machten nicht den Eindruck, als ob ständig Faßer ihre Maßzeit bildete. An dem vordern Wagen folgte als Führer ein hagerer Mann neben dem Gespann her. Sein Kopf ist gefenkt. Seine Züge sind nur schwer zu erkennen. Nur die Pfeife, die er zwischen den Zähnen hält, ragt klobig aus dem dunkeln Profil. An den winzigen Wagenfenstern schauen schwermütig die Gefährtinnen der Männer heraus. Ihre Augen erscheinen groß und traurig. Man braucht nur einen Augenblick hinzusehen, um ein ganzes Lebensschicksal in ihnen zu lesen.

Auf den Vorhöfen der Halberstädter Straße stehen die Menschen und schauen fasziniert den bunten Zirkuszügen nach. Morgen macht die kleine Zirkusgesellschaft vielleicht auf einem kleinen Dorfplatz halt, um den Dörfern ihre Kunst zu zeigen. Wir sind überzeugt, sie werden für ihre Aufführungen dankbares Publikum finden. Da aber die „Artisten“ auf den Dörfern, besonders wenn dazu auch Kamele und Pferde gebraucht werden, meistens auf freiem Blase gezeigt wird, also ohne bestimmtes Eintrittsgeld zu nehmen, wünschen wir den fahrenden Leuten in dieser harten Zeit auch den notwendigen finanziellen Erfolg.

Der letzte Zirkuszug ist vorbei. Mechanisch trotten die Gänge ihren stumpfsinnigen Gang. Der Mann, der sie führt, hebt seinen sorgend-sinnenden Blick nicht vom Boden. Aber durch die Scheiben des letzten Wagens zeigt mir ein kleiner Knirz seine Zunge und macht mir eine lange Nase! Warum wohl? —

Schulgeld für August. Das Schulgeld an den höheren Lehrrichtern, Mittel- und Volksschulen letztere nur für auswärtige Schüler) ist für den Monat August 1925 das gleiche wie im Monat Juli. Für die höheren Lehrrichtern ist das Schulgeld bis 17. August unter Vorlegung des Schulgeldbescheides zu zahlen. Bei Leberwaisungen ist die Schulbuchnummer genau anzugeben. Das Schulgeld für Mittel- und Volksschulen ist bis zum gleichen Termin an die Schulleiter abzuführen. Vom 18. bis 21. August ist die Schulkasse zwecks Aufstellung der Rechnungen geschlossen. Vom 22. August an werden Zahlungen wieder angenommen, doch sind von diesem Tage an die bestimmungsmäßigen Gebühren zu entrichten. Bei verspäteter Ueberweisung des Schulgeldes sind die Gebühren mit einzuzahlen, da sonst Einziehung erfolgt. —

Personalabbau und Neueinstellungen bei den Krankenkassen. Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ auf Grund eines Erlasses des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, dürfen Entlassungen von Beamten und Angestellten der Krankenkassen gemäß der Personalabbauverordnung künftig nur noch in besonderen Ausnahmefällen und auf Grund einer für jeden Einzelfall eingeholenden Genehmigung des Oberversicherungsamts oder auf Anordnung des Ministers stattfinden. Die Genehmigung zu Neueinstellungen, die den Oberversicherungsämtern übertragen ist, darf nur beim Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses erteilt werden. Wo Neueinstellungen notwendig werden, soll aus Gründen der Billigkeit wie wegen des Interesses der Kassenverwaltungen auf Beamte und Angestellte zurückgegriffen werden, die auf Grund der Personalabbauverordnung aus dem Dienst ausgeschieden sind, und zwar in erster Linie auf Beamte und Angestellte der Krankenkassen selbst sowie der übrigen Versicherungsträger. Die Oberversicherungsämter werden prüfen, in welcher Weise diese Neueinstellungen am leichtesten durchzuführen sein werden, und zu diesem Zwecke mit den Verbänden der Krankenkassen und Kassenangestellten in Verbindung treten. —

Ein Beispiel kommunaler Industrieförderung. In Offenbach a. M. stimmte die Stadtverordneten-Versammlung einstimmig einem Vertrag zwischen der Stadt und der bekannten Firma Opel zu, wonach die Automobilfirma 57 000 Quadratmeter Baugelände in der Gemarkung Mürgen zur Errichtung einer Fabrikfabrik in Erbauung auf 75 Jahre erwirbt. Es wird zunächst mit einer Belegschaft von 1500 Arbeitern gerechnet. Erweiterungsmaßnahmen sind vorgesehen. — Hier gibt wiederum ein fortgeschrittenes gemeindefreies Beispiel, wie die wirtschaftliche Entwicklung im Interesse ihrer arbeitenden Bevölkerung fördern kann. Sie schafft dadurch nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, sondern erhöht auch die Steuerkraft der Gemeinde. —

Sozialdemokratische Partei Frauenabende

finden statt am Mittwoch den 5. August, abends 8 Uhr: Bezirk Sudenburg bei Bahnhofsamt, Aufseerenstraße 32. Bezirk Wilhelmstadt bei Schulz, Kriemulstraße 52. Am Donnerstag den 6. August abends 8 Uhr: Bezirk Magdeburg Süd im „Alte Wende“, Al.: Genossenschaftsbräuerei.

Die Anklagebehörde hat zu beweisen. Der Tabakwarenfabrikant S. und sein Bruder waren wegen Tabaksteuerhinterziehung zur Verantwortung gezogen worden. In Gastwirtschaften und im Warenvertrieb waren Zigaretten aufgefunden worden, welche aus dem Vertriebs von S. stammen sollten; die betreffenden Zigaretten waren nicht mit den richtigen Steuerzeichen versehen gewesen, so daß der Staat zuwenig Steuer erhalten habe. S. bestritt lebhaft, sich strafbar gemacht zu haben und wurde auch vom Schöffengericht nebst seinem Bruder freigesprochen. Die Strafkammer hob aber die Freisprechung auf und beurteilte jeden der Angeklagten zu 100 Mark und betonte, es handle sich vorliegend um eine Tabaksteuerhinterziehungssache; in Steuerfällen hätten die Angeklagten zu beweisen, daß sie die vorgeschriebene Steuer entrichtet und keine Steuerhinterziehung begangen hätten. Dieser Nachweis hätten die Angeklagten nicht erbracht, sie seien daher zu verurteilen. Diese Entscheidung wackelt S. und sein Bruder durch Revision beim Kammergericht an und stellen in Abrede, sich gegen das Tabaksteuergesetz vergangen zu haben. Der 1. Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Freisprechung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück, indem u. a. ausgeführt wurde, die Freisprechung sei rechtsunwirksam, indem sie den Angeklagten in Steuerfällen die Beweislast aufgebürdet habe; auch in Steuerfällen sei den Angeklagten nicht die Beweislast aufzuerlegen; vielmehr müsse den Angeklagten auch in Steuerfällen von der Anklagebehörde nachgewiesen werden, daß sie sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. —

Niedererschlagung von Darlehen an Ausgewiesene. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete gibt folgenden die Richtlinien für die Niedererschlagung der an Ausgewiesene gewährten, nicht abgedeckten Darlehen und Vorstüsse auf Sach- und Personensicherheiten bekannt, aus denen der „Amtliche Preussische Pressedienst“ folgendes mitteilt: Der Antrag auf Niedererschlagung ist von den ehemals ausgewiesenen Reichs- und Landesbeamten und von den ihnen gleichgestellten Personen bei der vorgesetzten Dienstbehörde, von den Kommunalbeamten bei der zuständigen Fürsorgebehörde, von den übrigen Ausgewiesenen bei der zuständigen örtlichen Fürsorgebehörde des Notensprengels schriftlich oder zu Protokoll zu stellen. Die genannten Stellen beschäftigen sich sodann mit dem Umfang der Niedererschlagung, ferner mit der Frage der Entschuldigungsansprüche gegen das Reich und leiten die Anträge an die Reichsentschuldigungsstelle weiter. Eine Niedererschlagung von Darlehen und Vorstüssen kommt in der Regel nur in Frage, wenn die Wiedereinzahlung der Schuld nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen oder wenn sie die wirtschaftliche Existenz des Schuldners gefährden, oder ihn in schwerer wirtschaftlicher Not bringen würde, endlich, wenn die Wiedereinzahlung der Schuld mit Maßnahmen verbunden sein würde, die in keinem Verhältnis zur Höhe der Schuld stehen. Auf verzinsliche Darlehen zur Wiederaufbringung der Existenz finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. —

Die Zahl der Zahnärzte und Zahntechniker. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat dem Landkrankenversicherungsverband auf eine Anfrage, wie viel Zahnbehandler in Preußen überhaupt vorhanden sind und wie viel vorhanden sind, mitgeteilt: Die Zahl der überhaupt notwendigen Zahnbehandler beträgt in Preußen über 12 000. Für 2000 Krankenkassenmitglieder (ohne Angehörige) ist ein Zahnbehandler notwendig, vorausgesetzt, daß die örtlichen Verhältnisse keine anderen Zahlen erforderlich machen. Anfang Dezember 1924 übten in Preußen Zahnpraxis aus: in Orien bis zu 1000 Einwohnern 62 Zahnärzte und 305 Zahntechniker, von 1000 bis 3000 Einwohnern 400 Zahnärzte und 989 Zahntechniker, von 3000 bis 10 000 Einwohnern 740 Zahnärzte und 1336 Zahntechniker, über 10 000 Einwohnern 3445 Zahnärzte und 4806 Zahntechniker. Es übten in Preußen also Zahnpraxis aus 4647 Zahnärzte und 7436 Zahntechniker. Auf die Frage, wie viel Zahntechniker die Möglichkeit wahrgenommen haben, zum zahnärztlichen Studium zugelassen zu werden, antwortete der Minister, daß in den zwei Jahren seit Einführung dieser Veranlassung 10 Zahntechniker ohne Reifezeugnis zum zahnärztlichen Studium zugelassen worden sind. —

Die Geschäftverteilung in Straffällen. In einer allgemeinen Verfügung des preussischen Justizministers wird die Frage der Geschäftverteilung in Straffällen neu geregelt. Aus den umfangreichen Vorschriften teilt der „Amtliche Preussische Pressedienst“ folgendes mit: Bei Straffällen, die zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehören, werden die Geschäfte der Staatsanwaltschaft von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts geführt, die auch die Anklage in der Hauptverhandlung betrifft. Bei Straffällen, in denen der Amtsrichter allein entscheidet, werden die Geschäfte der Staatsanwaltschaft von der Amtsanwaltschaft geführt. — In Jugendsachen, die zur Zuständigkeit des großen oder des erweiterten Jugendgerichts gehören, werden die Geschäfte der Staatsanwaltschaft von der

Staatsanwaltschaft des Landgerichts geführt; das gleiche gilt von denen zur Zuständigkeit des kleinen Jugendgerichts gehörenden Sachen, die, wenn sie im ordentlichen Verfahren verhandelt würden, vor das Schöffengericht zu bringen wären. In Jugendsachen, die zur Zuständigkeit des Jugendrichters oder des kleinen Jugendgerichts gehören, übernimmt die Staatsanwaltschaft die Geschäfte der Staatsanwaltschaft. —

Magdeburger Hamburg-Fahrer, die ihre Fahrtgutscheine in der Buchhandlung Wolffstimm bekommen haben, müssen diese dort heute oder morgen gegen gegenfahrtscheine eintauschen. Das Jugendsekretariat.

Mutiges Ehedrama. Am Sonntag den 2. d. M., abends gegen 11 Uhr, feuerte der Mechaniker B. auf dem Hof eines Grundstücks in der Gartenstraße auf seine Ehefrau mehrere Revolvergeschosse ab. Durch einen Schuß wurde die Ehefrau schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt; die andern Schüsse gingen fehl. Anschließend verließ B. das Grundstück und wurde kurze Zeit nach der Tat auf dem Fürstenwall mit einer Schußwunde in der Herzgegend aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht. Zwischen den Eheleuten bestanden in letzter Zeit Ehezwistigkeiten. —

Lebensmüde. Die Ehefrau Charlotte L., Augustastr. 19 wohnhaft, versuchte sich am Montag infolge Familienzwistigkeiten mittels Leuchtgas zu vergiften. Die von den Samaritern der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren nach 15minütiger Tätigkeit von Erfolg. —

Um eine Taube in den Tod. Sonntag nacht 12 Uhr wurde der Steingutdreherlehrling Erich Schröder, 17 Jahre alt, vom Starstrom schwer verletzt. Dem Verunglückten war eine Taube entfliegen, die er auf der Starstromleitung an der Bahnüberführung an der Magdeburger Straße sitzend, wiederentdeckte. Er kletterte nach Eintritt der Dunkelheit an einem Mast empor, um das Tier einzufangen. Dabei muß er der elektrischen Leitung zu nahe gekommen sein. Ein Eisenbahnbeamter fand am Montag früh gegen 3 Uhr den Schröder schwer verletzt auf und veranlaßte seine Ueberführung ins Krankenhaus, wo er am Montag abend gestorben ist. —

Aktion, Elektromonteur! Am Donnerstag, 6. August, findet bei Lichteck eine wichtige Versammlung statt. (Siehe Inserat.)

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Hauptvorstandsitzung: Morgen Mittwoch 1/8 Uhr im Franke-Jugendheim.

Alle Richtigambergfahrer treffen sich am Sonntag abend um 8 Uhr im Wilhelmstad. Eintritt 15 und 25 Pfennig.

Die Gruppenleiter müssen sofort das „Jugend-Logo“ abholen.

Ullstadt: Alle Hamburgfahrer treffen sich heute abend 8 Uhr in der Schule, Wisnardsstraße, zu einer wichtigen Besprechung. — Donnerstag: Treffen im Jugendheim, Grünemannstraße 14. Die Programme müssen spätestens am Donnerstag abgerechnet werden.

Hermerseleben: Heute Dienstag abend 7 Uhr Spielen an der Elbe. — Donnerstag: Letzte Mitteilungen über Hamburg. Gesellschaftsspielabend.

Sudenburg: Heute Dienstag Vortrag „Sub“ und Mädel in der Sozialistischen Arbeiterjugend“. Donnerstag müssen alle Hamburgfahrer erscheinen. Vertiefung der Karten und die letzten Bekanntmachungen zum Jugendtag werden erledigt.

Die Stadt Hamburg im Wille mit einer einführenden Beschreibung ist für 2,50 Mark bei der „Viene“ und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. —

Aktion, Gruppenleiter! Das Geld für die Verteilungskarten in Hamburg ist zur Hauptvorstandsitzung am Mittwoch mitzubringen. Alle anderen Karten müssen bis Mittwoch abend bezahlt und abgeholt werden.

Gruppenleiterer: Alle Hamburgfahrer wollen noch vor dem Jugendtag die Reichsliste der Arbeiterjugend haben. Rechnet sofort die Juli-Beiträge ab.

Neuercheinung des Arbeiterjugend-Verlags. An der Wende des Reichs, von Dr. Viktor Engelhardt, Preis kart. 1,60 Mark, geb. 2,40 Mark. Zu haben in der „Viene“, Natswaageplatz 31, 1. Hof. —

Alle Gruppenleiter müssen Mittwoch den 5. August die Fahrkarte gegen Fahrkarten in der „Viene“ umtauschen. —

Bereine und Versammlungen.

Reichsbankgläubiger.

In der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Magdeburg verbreitete sich nach der Wahl der Vorsitzenden im allgemeinen über das Aufwertungsrecht und lebte daselbst in der jetzigen Form ganz entschieden ab. Eine wirkliche Umwertung könne nur dadurch erreicht sein, wenn der Friedensstand aufrechterhalten wird und die Befreiung der zu Inneer erworbenen Werte erfolgt ist. Die Versammlung teilt sich einmütig auf den Standpunkt, daß der Volkseinkauf kommen muß, der uns den Friedensstand herstellt, und dem sollen auch die Kriegskosten je nach Tragfähigkeit verteilt werden. Sodann berührte der Vorsitzende noch die Frage der Nichtzahlungsrechte derjenigen Verkäufer, die während der Inflation getätigt sind, und forderte alle Verkäufer auf, die Klage nach den §§ 139, 138 und 119 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beim Landgericht auf Zurückzahlung einzureichen. Es hat in den meisten Fällen eine Bewandlung stattgefunden, denn die Grundstücke sind tatsächlich teilweise für eine Schadel Streichhölzer zum Verkauf gekommen. In einer Resolution wurden die Forderungen der Reichsbankgläubiger im einzelnen formuliert. —

Bereine-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 30 Goldsebene, aufgenommen Verband der Böttcher, Mittwoch den 5. August, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung 137 Burg, Reichsbund der Metzger Donnerstag den 6. August, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung der Metzger 174

Briefkasten.

Berichterstatter Schreiber. Auf die Schmierereien gegen Sozialdemokraten im „Waffen“ steht empor, ist unter untrübter Würde. Die Angekauften müssen kluge erheben, wenn in dem Eingeladenen Bescheidungen enthalten sind. — G. Reubaldenleber. Für Notizen über Ortsgruppenabende ist der Vereinstatler eingerichtet. — Berichte aus Gadesleben. Wenn gegen den Güterverkehr Strafantrag gestellt ist, werden Sie über die Gerichtsverhandlung Bericht e n Hauptwegen anderer, die von uns nicht nachgeprüft werden können, veröffentlichten wir nicht. Interzessit fehlt unter dem Bericht. Bestatbt wird gegen den Betriebsführer von dem Bescheidigten kein Strafantrag gestellt? Wenn die Verhandlungen keinen Mut dazu haben, besteht für uns keine Verantwortung, und wegen des Berichtes von einem Stattdeterminant verhalten zu lassen. Auf diese Bericht legt keine Verantwortung. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Kommunistische Verleumdungen.

Der Bergarbeiterverband veröffentlicht folgende Erklärung:

In verschiedenen Pariser und deutschen Blättern ist mitgeteilt worden, daß die Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes in der Pariser Konferenz sich gegen die Proklamierung eines allgemeinen internationalen Streikes gewandt hätten. Von der kommunistischen Presse wurde diese in ihrer Allgemeinheit falsche Meldung zu miltären Angriffen gegen den Deutschen Bergarbeiterverband und seine Vertreter im Exekutiv-Komitee benutzt. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Vertreter unseres Verbandes in Paris pflichtgemäß auf die vertragliche Gebundenheit hinwiesen, die einen allgemeinen deutschen Bergarbeiterstreik zum 1. August oder sofort unmöglich machen.

Die Entschärfung der Pariser Konferenz und noch mehr die dazu geführte Debatte zeigte auch, daß die ausländischen Kameraden für die schwachen deutschen Verhältnisse Verständnis haben. In würdiger Solidarität, an Leistung größtmöglicher Hilfe für ausländische kämpfende Bergarbeiter wird sich unser Verband von niemand überbieten lassen, am wenigsten aber von den kommunistischen Schreibern, die an Macht und Hilfe gar nichts zu bieten haben.

Mitteldeutscher Werkmeistertag.

Am Sonnabend, Sonntag und Montag fand in Halle der Mitteldeutsche Werkmeistertag statt, der von über 1600 Angehörigen des Deutschen Werkmeisterverbandes aus nahezu 400 Städten und Orten Mitteldeutschlands besucht war. Den Höhepunkt der Tagung bildete am Sonntag vormittag die Hauptversammlung im großen Saale des „Volksparks“. Hierbei waren die preussische Regierung, das Oberpräsidium und die Regierung sowie der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung Halles vertreten, ebenso hatten die Bruderorganisationen und der IFA-Bund sowie der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund Vertreter entsandt.

Professor Noerger von der Universität Halle hielt einen Vortrag über „Arbeitsrecht vor und nach der Staatsumwälzung“. Er zeichnete den Weg vom alten Arbeitsrecht, das lediglich vom Unternehmer ausging, über das sozialpolitische Arbeitsrecht, das die Arbeitnehmerinteressen berücksichtigte, zum neuen Arbeitsrecht der Zukunft, das sich die Interessen der Gesamtheit zur Richtschnur nehmen müsse.

Der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Deutschen Werkmeisterverbandes, Kurt Heintz, sprach über „Der Werkmeister und die Wirtschaft“. Er beleuchtete die falsche Wirtschaftspolitik der letzten Jahre und die kurzschichtigen Versuche, den zum Wiedereintritt so unangehener wichtigen Stand der Werkmeister sozial höher heranzubringen, während man gleichzeitig die Zahl der Direktoren um ein Vielfaches erhöhte. Der Referent kennzeichnete auch das kommunale Steuerrecht und die Pläne der rechtsstehenden Parteien, die Lasten aus dem Landes-Guthachten lediglich aus den Taschen der werksichtigen Bevölkerung zu beschaffen. Die Wirtschaft müsse aber eine Angelegenheit der Allgemeinheit und des Allgemeinwohls werden, wieder zur Produktion zurückkehren und die üblichen Manieren der Spekulation ablegen.

Der Sonntag nachmittag und Montag vormittag waren mit Beratungen der einzelnen Fachgruppen angefüllt.

Stillelegungen und Feiertage. Die Zeche „General“ bei Dortmund, die zum Altkönig-Konzern gehört, hat zum 1. August allen Beamten gekündigt. Sie rüft sich mit der Absicht, den Betrieb vollständig stillzulegen. Infolge Abmangels sind

am Montag auf den Zechen von Deutsch-Bugenburg, „Prinzregent“, „Karl Friedrich“, „Julius Philipp“ und „Friederica“ Feiertage eingelegt worden. Die Verwaltung der zur Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. gehörenden Zeche „Erin“ in Nastrop hat am 1. August einer erheblichen Anzahl von Arbeitern Leber- und Untertage- und Beamten gekündigt. Insgesamt handelt es sich um 500 Arbeiter.

Tagung der Schiffingenieure und Seemaschinenisten. In Hamburg tagte am Sonnabend und Sonntag der 16. ordentliche Delegiertentag des Verbandes deutscher Schiffingenieure und Seemaschinenisten. Verbandsvorsitzender W. Barock betonte den freigewerkschaftlichen Gedanken des Verbandes, der dem IFA-Bund angehört, und die Wichtigkeit des Ausbaues der internationalen Beziehungen. Den Ausbau des Untersuchungsamtes soll eine Urabstimmung entscheiden. Der Verband will künftig den Namen „Verband deutscher Schiffingenieure“ führen. Gefordert wurden u. a. für die Seeschiffahrt Arbeitsgerichte und Förderung des Betriebsratgebauens. Die Arbeitsgerichte: 1. Vorsitzender Freese (Hamburg), 2. Vorsitzender Garbers (Hamburg). Der nächste Verbandstag findet in Bremen statt.

Arbeitstagen in Oberschlesien? Der polnische Ministerpräsident Grabski änderte am Freitag plötzlich sein Programm und verlegte im letzten Augenblick eine Konferenz mit dem Handels- und Arbeitsminister von Krakau nach Warschau. In einer amtlichen Erklärung heißt es, daß der Beschluß gefaßt wurde, die Arbeitszeit in Oberschlesien von 10 auf 8 Stunden herabzusetzen, jedoch stufenweise. Die demnächstige Verkürzung der Arbeitszeit soll am 10. August beginnen.

Internationale der Tabakarbeiter. Am Montag trat in Brüssel der internationale Kongreß der Tabakarbeiter zusammen. Auf ihn ist Deutschland vertreten durch Reichmann, Krohn, Kürtgen, Gerloff und Klein; Schmidt (Nordhausen) bekam keine Einreiseerlaubnis. Ferner sind vertreten Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Oesterreich, Tschechoslowakei, Schweden und Schweiz. Die Vertreter von 120 000 Tabakarbeitern nahmen an dem Kongreß teil, davon entfallen über die Hälfte auf Deutschland. Der internationale Sekretär Eichelheim (Antwerpen) berichtete über ein charakteristisches Manöver des Moskau-Lauer-Tabakverbandes, sich unter falschen Vorwänden in die Internationale einzuschleichen. Dieses Manöver wurde einstimmig zurückgewiesen und beschlossen, einen Anschluß der Russen als indiskutabel zu erklären, solange keine Einmündung der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale und der russischen Gewerkschaftszentrale erfolgt ist.

Eisenbahnstreik in Basel. Auf dem Bodiseen Bahnhof in Basel sind am Montag 250 Eisenbahnarbeiter wegen willkürlicher Entlassung zweier Kollegen in den Streik getreten. Der Betrieb wird vorläufig noch aufrechterhalten.

Verbandstag der Buchbinder.

5. Verhandlungstag.

Am 5. Verhandlungstag sprach der Verbandsredakteur Michaelis (Berlin) über das Verbandsorgan „Die Buchbinderzeitung“. Er brachte mit Bedauern zum Ausdruck, daß die Mitarbeit aus den Mitgliederfreien oft recht spärlich sei.

Dieser Ausführungen folgte eine Debatte, in der eine ganze Reihe von Wünschen vorgebracht wurde. Im allgemeinen erklärten sich die Delegierten mit der Haltung der Verbandszeitung einverstanden. Es wurde beschlossen, die „Buchbinderzeitung“, die bisher vierseitig erschien, künftig sechsheitig herauszugeben. Dann wurden zwei Anträge abgelehnt, die dem Verbandsredakteur strengere politische Neutralität auferlegen wollten.

Anschließend kam der Berichtsfaktor der Kommission für die materiellen Anträge zu Wort. Sein Bericht war zu entnehmen, daß die Kommission in der Beitrags- und Unterstützungsfrage im wesentlichen die Vorschläge des Verbandsvorstandes zur Annahme empfiehlt. Den Ausführungen des Berichtsfaktors schloß sich eine lebhaft ausgeführte Debatte an. Die Kommissionsvorschläge wurden in bestimmten Punkten von fast allen Rednern scharf bemängelt. Verschiedene Änderungsanträge wurden von der Kommission zum Anlaß einer nochmaligen Beratung genommen.

Es folgte eine vertrauliche Sitzung über die Tarif- und Lohnbewegungen des Verbandes. Die Aussprache dehnte sich sehr lange aus und endete in der fast einstimmigen Annahme einer Entschärfung, die zum Ausdruck bringt, daß der Verbandstag die Beschlüsse der früheren Verbandstage von Würzburg und Rastatt hinsichtlich der Lohn- und Tarifpolitik auch jetzt noch für richtig hält. Die Tarifinstanzen wurden deshalb beauftragt, nach wie vor auf dem Wege der reichsstaatlichen Regelung eine möglichst günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen herbeizuführen.

Inzwischen hatte die Kommission für die materiellen Anträge Ergänzungsvorschläge ausgearbeitet, in denen die im Plenum zum Ausdruck gebrachten Wünsche und Anträge zum Teil Berücksichtigung gefunden haben. Es wurde beschlossen, in den fünf Klassen einen Beitrag von 25 bis 180 Pfennig die Woche stellen zu lassen. Von dem Beitrag der 4. und 5. Klasse sind 10 bzw. 20 Pf. als Anteil für die Invalidenunterstützung gedacht. Während für diese beiden Klassen der bisherige Zustand durch obligatorische Invalidenunterstützung bestehen bleibt, soll eine weiblichen Mitglieder in der 3. Klasse künftig freigestellt sein, durch Leistung eines wöchentlichen Beitrags von 10 Pf. sich das Anrecht auf die Invalidenunterstützung zu erwerben.

Es soll weiter die Arbeitslosenunterstützung von der 1. bis 3. Klasse je nach der Höhe der geleisteten Beiträge, 30 bis 180 Pf. pro Tag für die Dauer von 30 bis 70 Tagen gezahlt. Statutarisch festgelegt wurde sodann noch, daß verheiratete arbeitende Mitglieder keine Unterstützung gezahlt werden kann. Bezüglich der Krankenunterstützung wurde der Antrag des Verbandsvorstandes unverändert angenommen, so daß in den fünf Verbandsklassen 30 bis 180 Pf. pro Tag für 30 bis 60 Tage als Krankenunterstützung gewährt werden.

Angenommen wurde im übrigen auch der vom Verbandsvorstand eingebrachte Antrag über die Invalidenunterstützung. Die von einigen Delegierten geäußerten Wünsche zur Einrichtung einer Sterbehilfenunterstützung fanden keine Berücksichtigung. Bezüglich der Hinterbliebenen-Unterstützung blieb es bei den bisherigen Bestimmungen, denen nur noch angefügt wurde, daß auch weiblichen Mitgliedern der 3. Verbandsklasse diese Unterstützungsbeihilfe zugute kommen soll.

Als Streik- und Arbeitsregulierungsunterstützung fand wiederum ein Antrag des Verbandsvorstandes Annahme, der nach 26 bis 520 geleisteten Wochenbeiträgen das Zwei- und Vierfache des Wochenbeitrags als Tageslohn an Unterstützung vorweist. Eine Verabschiedung der Tageslohnunterstützung wurde abgelehnt.

Beschlossen wurde ferner noch, daß in beschränktem Umfang auch wieder eine Notausunterstützung gewährt werden soll. Weiter wurde noch ein Beschluß gefaßt, daß der Anteil der statutenmäßigen Beiträge in der bisherigen Höhe bestehen bleibt, die Zahlstellen dagegen die Berechtigten haben sollen, einer Lokalbeitrag bis zu 25 Prozent des Verbandsbeitrags zu erheben.

Abdann wurden noch einige Verbesserungen für die weiblichen Mitglieder durchgedrückt. Die neuen Beitrags- und Unterstützungsätze sollen vom 1. Oktober 1925 an in Kraft treten.

Feuerzauber am Adolf-Mittag-See!

Sonnabend den 8. August, abends 9 1/2 Uhr, unwiderruflich letztes Mammot-Feuerwerk der Gebr. Pints mit völlig neuem Programm! Einzelheiten siehe Anschlagtafel!

Achtung!

Die weltbekannte ungarische Salontafel-Societe Antal jetzt in der ersten und besten Zentraltheater-Restaurant und erweist durch ihr temperiertes und feines Spiel für einen angenehmen Besuch.

Zentraltheater-Restaurant

Spezialkonditorei des berühmtesten und preisgekrönten Konditors. Reichhaltige Spezialkarte zu billigen Preisen.

LUCULLUS

Spezialkonditorei des berühmtesten und preisgekrönten Konditors. Reichhaltige Spezialkarte zu billigen Preisen.

Abfahrt über Bremen



Am Mittwoch den 5. August, nachmittags 2 Uhr: Extrazug nach Grimnitz. Ein Sommer- und Herbst-Exkurs. Rückfahrt 7 Uhr abends. Telefon 6434. Gasthof Gröben, Gröbenstraße 38.

Reklamationsangabe.

Am Mittwoch den 5. August, abends 8 1/2 Uhr: Extrazug nach Grimnitz. Ein Sommer- und Herbst-Exkurs. Rückfahrt 7 Uhr abends. Telefon 6434. Gasthof Gröben, Gröbenstraße 38.

Jedes Buch

besitzt ein Verzeichnis der Bücher, die in der Bibliothek des Magistrate, (Postfachamt) liegen.

Konzerthaus

Mittwoch und Donnerstag

ab 3 1/2 Uhr

Die beliebten

Kaffee-Konzerte

im herrlichen windgeschützten Garten. Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Eintritt frei.

Meine billigen Preise

sind von großem Vorteil für Sie!

Brotbacken	4.80
Wasserkuchen	3.50
Obsttorte	4.50
Wasserkuchen	7.50
Obsttorte	3.50
Brotbacken	2.25
Wasserkuchen	12.00

in Pfeifers Textilhalle

Das Preussische Staatsministerium hat durch Verordnung vom 2. Juli 1925 die etatsmäßige Höhe für den Monat August 1925 auf 2 1/2 % der normalen Grundbesitzsteuer festgesetzt. In Folge dessen ist die eigentliche Grundbesitzsteuer von dem 1. August ab herabzusetzen. Der Steuerpflichtige ist demnach verpflichtet, den Grundbesitz am 1. August 1925. Der Magistrat, Burg, 1. August 1925.

Hypotheken gesucht

Im Schuldenkreis 2000 bis 5000 Mark. Einsetzen am 1. K. S. 227 a. d. Exp. d. St. Magdeburg. Kontakt.

Wineballons

Das Preussische Staatsministerium hat durch Verordnung vom 2. Juli 1925 die etatsmäßige Höhe für den Monat August 1925 auf 2 1/2 % der normalen Grundbesitzsteuer festgesetzt. In Folge dessen ist die eigentliche Grundbesitzsteuer von dem 1. August ab herabzusetzen. Der Steuerpflichtige ist demnach verpflichtet, den Grundbesitz am 1. August 1925. Der Magistrat, Burg, 1. August 1925.

Achtung, Radfahrer!

Sie brauchen den Führer Auf stärkstem Röß 20 Wanderfahrten für die weitere Magdeburger Umgebung.

Bist du Wanderer

so laufe dir

Wer wandern will

26 Ausflüge in die nähere Umgebu Magdebu

Preis je 1 Mark

Preis je 1 Mark

Buchhandlung Voigtstimme.

Damen-Herren-Knaben-Räder

ab 1. August 1925 an. An der Friedrichstraße 9. Eine große Auswahl. — Rem. haben. — Werkstatt. — Fahrrad-Reifen-Klinik. — Feilgattung! —

Wanderbücher

empfehlen Buchh. Volkstimme. Fordere meine Frau auf sofort zurückzugeben. — Warte jedermann, meiner Frau etwas zu bringen, da ich keine Zeit habe. Josef Kolbbraki, Wolmirsteichen.

Allgem. Ortskrankenkasse Magdeburg

Einladung zur Auschuss-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg, am Freitag den 7. August, abends 8 Uhr, in der Reichsstraße, Otto-von-Guerike-Str. 18. Tagesordnung: 1. Berichterstattung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse. 2. Bericht des Herrn Dr. Siebert. 3. Bericht des Herrn Dr. Siebert. Der Vorsitzende, Dr. Drechsler.

Reichskrone

Jakobstraße 42 — Telefon 2193. Nach vollständiger Renovierung empfehle ich meinen Saal ca 300 Personen. Vereinszimmer ca 150 Personen lassend. 2193 Emil Fricke.

Deutscher Bauwerksbund

Baugewerkschaft Magdeburg große Mühlstraße 3, III. Telefon 1263. Am Mittwoch den 5. August, morgens 11 Uhr, im „Wohlfühlspart“ Mitglieder-Versammlung der ausgeperrten Bauarbeiter. Die Abstempelung der Streikkarten findet für alle Mitglieder 10 Uhr im „Wohlfühlspart“ statt. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg. Am Donnerstag den 6. August, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Käthehof, Knochenhauerstraße 27/29, eine Branchenversammlung der Elektromonteur statt. Tagesordnung: 1. Gefellenausschusswahl. 2. Bericht vom Geschäftsausschuss. Die Verwaltung.

Besonders vorteilhafte Angebote in unserer

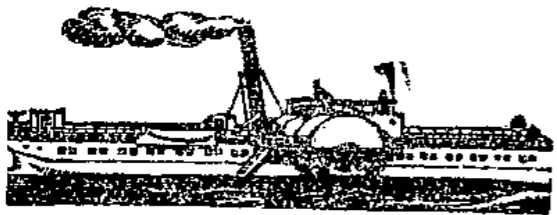
TEXTIL-MESSE

Donegal 140 cm breit, für Kostüme und Mäntel Meter 2.45	Herren-Matohemden mit doppelter Brust 2.25 1.95	Damen-Hemden Reformschnitt oder mit schmalen Trägern 1.95 1.45	Büschetuch 80 cm breit, gute Gebrauchsware Meter 68
Blusenstoffe gestreifte Halbwohle Meter 1.45	Herren-Matohosen in allen Größen 2.25 1.75	Brinzebrüde mit breitem Ständer-Bolant 3.85	Rein Matotuch 80 cm breit, feine elegante Qualität Meter 1.20
Waldmuffelin große Auswahl Serie 1 68 Serie 11 85	Herren-Normalhemden mit doppelter Brust 2.65 2.45	Bierschürzen bunt und gestreift 1.95 1.45	Haustuch Bettuchbreite, für gute Bettücher Meter 1.90
Seidenmuffelin farbig, 85 cm breit Meter 1.95	Damen-Strümpfe Baumwolle, Doppelfoße und Hochferse, schwarz und farbig Paar 75	Oberhemden Perfal, mit 2 Kragen 6.85 5.75	Blüschtücher Halbleinen, rot/blau kariert, gesäumt und gebündelt Stück 45
Crepe marocain Kunstseide, in verschiedenen Farben Meter 4.50	Damen-Strümpfe prima Seidenstoff, Doppelfoße und Hoch- ferse, schwarz und farbig Paar 1.45	Einfachhemden weiß Strick, mit Alps-Einfaß 3.25 2.25	Drell-Handtücher vollweiß gebt, 45x100 cm Stück 68
Crepe de chine in allen modernen Farben Meter 5.75	Herren-Soeken Baumwolle, feinfarbig Paar 55	Seidenbinder moderne Muster 1.45 1.25 68	Drell-Handtücher Halbleinen, grau/weiß gestreift, mit roter Kante, 45x100 Stück 95
Sport-Westen reine Wolle, gestreift Serie 1 4.85 Serie 2 5.85 Serie 3 6.85		Leder-Sportgürtel braun 95	Halbstores Etamin, mit Einfäßen Stück 2.95 1.65
			Rüstler-Garnituren Reitig, englisch Sül und Etamin 4.75 3.75
			Etamin 150 cm breit, glatt und kariert Meter 1.25 95
			Sinoleum-Käuser 65 cm breit Meter 1.95

In unserer Haushalt-Abteilung Porzellan und Emaille enorm billig!

Wir geben bei Einkäufen von 3.00 Mark an 1 Riesenluftballon gratis.

R. Wittkowski Breiter Weg 61



Dampferfahrten Magdeburg - Hohenwarthe

Abfahrtsstelle: Petriförder (Herrenkurg-Wartehalle)
Wochentags täglich:
Einfahrt vormittags 8 Uhr, nachmittags 2 Uhr.
Rückfahrt vormittags 10 Uhr, nachmittags 7 Uhr.
Jeden Montag, Mittwoch u. Sonnabend bis Niedrigripp
Rückfahrt ab Niedrigripp vorm. 9 1/2 Uhr, nachm. 5 Uhr.

Am Mittwoch den 5. August sowie jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, ab Petriförder
Große Promenadenfahrt mit Musik nach Hohenwarthe
(Eibischschön). Dortselbst Gartenkonzert und Tanz.
Hin- und Rückfahrt einschl. Tanz 1.00 Mk.
Rückfahrt 12 Uhr nachts.
Otto Krietsch, Werftstraße Nr. 34. :: Telephon 321.

Dampferfahrten

ab Strombrücke links (Weißgerberstreppe)
Am Mittwoch den 5. August, nachm. 2 Uhr
Große Extrafahrt mit Musik nach Hohenwarthe
Konzert und Tanz im „Landhaus“
Am Donnerstag den 6. August, nachm. 2 Uhr
Extrafahrt nach dem Preussener Wehr zur Befestigung
Einfahrt in die Alte Elbe bei Dornburg (Eperre beiseite).
Rückfahrt an Bord. Im Anschluß daran Rückfahrt nach dem
Buschhaus bei Schönebeck
Fahrpreis hin und zurück: 1 Mark, Kinder die Hälfte.
Rückfahrt ab Buschhaus 8 Uhr abends
Außerdem wochentags täglich
nach Hohenwarthe
Einfahrt: vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr
Rückfahrt: vormittags 11.30 Uhr und nachm. 7 Uhr
Julius Krümling Fernsprecher: 8226 und 8227

Gasthaus Anhaltiner Hof
Brannschweigische Str. 189
Diverse Vereinszimmer bis 100 Personen
Walter Grunow.

ZENTRAL
Heute Mittwoch, 8 Uhr abds.
25. Jubiläums-Aufführung
Die Frau ohne Kuß
Musik von Walter Kollo 42

Anfolge des außerordentlichen Erfolges der Operette „Die Frau ohne Kuß“ hat sich die Direktion entschlossen, die für Freitag dieser Woche an letzte Premiere zu verlegen und die Aufführungen von „Die Frau ohne Kuß“ noch fortzusetzen.

Anmeldungen für den Bühnenkreis nimmt an Buchhandlung Volksstimme.

Altstädter Bürgersäle

— Richardts Festsäle —
(Inhaber: Ferd. Prouse)
Apfelstraße 9 Fernsprecher 6774
Restaurant
Festsaal, gut eingerichtete Vereinszimmer. 2170
Anerkannt gute Küche.

Wilhelmspark
Heute Mittwoch
BALL



MITTELDEUTSCHE HANDWERKS AUSSTELLUNG

MAGDEBURG / 18. JULI - 9. AUGUST 1925

MITTWOCH 5. AUGUST
HALLENÖFFNUNG
10 UHR VORM. HALLENSCHLUSS
7 UHR ABENDS
EINTRITTSPREISE:
ERWACHSENE 1.-, KINDER 0.50
DAUERKARTE 8.- Mark
NACH SCHLUSS DER HALLEN
PRO PERSON 0.50 MARK

TAGESPROGRAMM:
3 UHR NACHM. BIS 11 UHR ABENDS
GROSSE KONZERTE
DES SCHLETH-ORCHESTERS
UNT. LEITUNG VON OBERMUSIKMEISTER A.D. SCHLETH
10 UHR ABENDS
GROSSE BENGALISCHE BELEUCHTUNG
MIT HOHENFEUERWERK
AUSSTELLUNGS-RESTAURANT
BEWIRTSCHAFTER ROB. BOENING
AUSSTELLUNGS-KAFFEE
MIT KONDITOREI/BEWIRTSCHAFT. FRIEDR. BRANDT
ALT-MAGDEBURG
DIE STÄTTE DES FROHSINNS UND DER HEITERKEIT
LIKÖR-PAVILLON / WEIN-RESTAURANT

„Frauenwelt“ spart Geld alle 14 Tage 1 Heft für 30 Pfennig Buchhandlung Volksstimme Große Münzstraße 3.

Mitteldeutsche Handwerks-Ausstellung

Donnerstag den 6. August
Gr. Blumentag!
Jeder Herr und jede Dame erhalten lebende Blumen.
Von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends
Große Konzerte
des Magdeburger Konzertorchesters unter Leitung von Obermusikmeister Vogel.
Keine erhöhten Eintrittspreise.

Sprechmasch. Reparaturen Apparate von 30.00 Mark an Zeitabgabe gelanet. Müller, Apfelstraße 6. Fernsprecher 8812
Spelze-Zimmer, echt eide Büfett, eleg. 250.- Kredens. 75.- Gr. Ausgicht. 85.- 6 Stühle. 72.- zusammen 482.- Jantzech, Breiter Weg 150
Ein Führer durch die Natur-Schönheiten der Magdeburger Umgebung ist
Wer wandern will
26 Ausflüge mit Kartenstücken
Preis 1.00 Mk. Preis 1.00 Mk.
Buchhandlung Volksstimme



Im Rahmen einer Festspielwoche — anlässlich des dreijährigen Bestehens der Fürstenhof-Sichtspiele (Fili) — zeigen wir ab Freitag den 7. August die monumentalste Filmschöpfung seit es überhaupt eine Kinematographie gibt.

Die Sklavenkönigin

Ein Sittengemälde aus der Zeit der Pharaonen

Unsre Bezirks-Frauenkonferenz.

Am Montag tagte in der „Wilhelma“ in Magdeburg die Bezirks-Frauenkonferenz des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt. Die Tagung war sehr gut besucht und bemies damit, daß die Frauen an den Geschicken der Parteiorganisation unserer Bezirks regen Anteil nehmen.

Die Bezirkssekretärin, Genossin Arning, eröffnete die Konferenz mit herzlichen Worten der Begrüßung. Trotz Not und Sorgen in den Stürmen der Inflationsjahre haben die Frauen in allen Orten die Parteiorganisation und ihren Zweig, die sozialdemokratische Frauenbewegung, hochgehalten. Die Genossinnen und Funktionärinnen werden auch in Zukunft für die Partei einstehen und weiter streiten für die Gewinnung aller Frauen für den Sozialismus.

Die Genossin Kaine (Magdeburg) überbrachte die Grüße der Magdeburger Parteiorganisation.

Zur Leitung der Tagung wurden gewählt die Genossinnen Arning, Kaine (Magdeburg), Otto (Neuhaldensleben) und Wenzel (Dessau).

Ueber die Arbeit.

Dann gab die Genossin Arning einen Bericht über den Stand der Frauenbewegung im Bezirk. In der Berichtszeit sind im Bezirksverband 2551 Frauen neu gewonnen worden. Die Konferenz muß feststellen, ob die angewandten Methoden in der Arbeit die erfolgversprechendsten waren, oder ob neue Wege beschritten werden sollen. In der Parteipresse des Bezirks findet man jetzt täglich Berichte über die Arbeit von Frauenabenden und Frauenzusammenkünften. Vor 2 Jahren waren solche Berichte noch recht selten. Diese Frauenabende sind sehr zu begrüßen, und es muß angestrebt werden, noch viel mehr auf diesem Gebiet zu tun. Man fürchtet jedoch in vielen Orten, daß die Ausgestaltung der Abende nicht gelingen wird, wenn nicht ein Referent oder eine Referentin zur Verfügung stehen. Es ist leider nicht möglich, bei dem Mangel an geeigneten Referentinnen dieses Bedürfnis zu befriedigen. Darum muß mehr Selbständigkeit in den Frauengruppen Einzug halten. Auf der Grundlage der reichlich vorhandenen Literatur und der Parteipresse lassen sich belehrende und aufklärende Abende recht gut ausgestalten. Daneben muß auch die Geselligkeit und Unterhaltung für die Frau einen Platz erhalten, denn diese Dinge schließen nicht aus, daß ein wenig Belehrung eingestreut wird. Diese Art der Frauenarbeit ist auch notwendig als Gegenmaßnahme gegen die nationalitistische und monarchistische Frauenwerbung auf dem Lande, die z. B. der Luisebund in gleicher Art betreibt.

Die zukünftige Weiterbildung muß sich in erster Linie an die Frauen wenden, deren Männer bereits in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sind. Vergleiche der Zahlenverhältnisse zwischen Männern und Frauen in unserer Organisation zeigen, daß hier ein weites Gebiet liegt, das mit Erfolg bearbeitet werden kann. Daß gerade für die Frauen eine weitgehende Schulung in politischen Dingen notwendig ist, beweisen alle Wahlen in der Zeit des Frauenstimmrechts. Die Bildungsarbeit für die Frau findet eine gute Stütze in den Zeitschriften „Die Genossin“ und in der „Frauenwelt“. Der Bezirksvorsitz und alle anderen Stellen der Partei unterstützen die Arbeit der Frauenbewegung in jeder Richtung, denn gerade die Frau muß für den Sozialismus gewonnen werden, um wirkliche Erfolge erzielen zu können.

Das Mitglied des Parteivorstandes, Genosse Tr. Mosek (Berlin), sprach dann über

Die Frau in der Politik der Gegenwart.

Er führte aus: Die Grundlage des gesamten Wirtschafts- und Staatslebens ist der Mensch, und zwar der Mensch als körperliche und seelische Einheit. Der Mensch ist das größte und wertvollste Kapital des Staates. Dieser muß mit solchem Kapital wirtschaftlich umgehen, d. h. er muß Menschennomnie betreiben. Der kapitalistische Staat tut jedoch nicht desgleichen, denn sonst wären die scharfen Kämpfe um den Achtstundentag und um die zahlreichen Gesetze der Sozialfürsorge, wie wir sie zurzeit in Deutschland zu führen haben, unmöglich. Denn alle diese Kämpfe gehen um den Menschen, darum, daß er vor frühzeitigem Verfall geschützt werden soll.

Deutschland hat aber alle Kräfte, seine Menschen zu schützen. Zwei Millionen Männer, die blühendsten und gesündesten, hat der Krieg hinweggerafft; und noch ist das Sierden infolge von Kriegsurfachen nicht abgeklungen. 1 Million Menschen forderte der Krieg aus den Reihen der Zivilbevölkerung. Rund 3 1/2 Millionen Verluste an Menschen hatte Deutschland außerdem durch den Geburtensausfall in den Kriegsjahren. Diese ungeheuren Verluste verursachten natürlich eine Verschärfung der Zahlenverhältnisse der Geschlechter. Für jede lebende Frau ist heute in Deutschland kein Ehepartner vorhanden. Als weitere Folge des Krieges haben wir die ungeheure Zunahme der Geschlechtskrankheiten und größere Ausbreitung der Prostitution zu verzeichnen. Letztere vor allem deshalb, weil die kapitalistische Wirtschaft die Frauen aus dem Produktionsprozeß ausstieß und sie der Straße überließ. Die Zunahme der unehelichen Geburten ist gleichfalls eine der vielen Folgen des Krieges.

Diese Probleme der Bevölkerungspolitik interessieren in erster Linie die Frauen des Proletariats. Sie haben aber auch oft nicht gekannte Beziehungen zur Politik, vor allem zur Außenpolitik. Während Deutschland seit dem Jahre 1870 eine starke Bevölkerungszunahme aufzuweisen hat, ist in Frankreich sogar in derselben Zeit ein Rückgang der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen. Das ungeheure Anwachsen in Deutschland brachte für Frankreich die Notwendigkeit zu werden und damit eine intensive Beschäftigung mit den Fragen der Bevölkerungspolitik. Man baut nach dem Weltkrieg in Frankreich die sozialpolitische Gesetzgebung auf, in Deutschland damit man sie ab, trotzdem sie auch hier dringende Aufgaben zu lösen hätte. Die Hochschulpolitik Deutschlands ist ein weiteres Merkmal auf die Volksgesundheit, gegen das sich die breiten Massen leider viel zu wenig aufbäumen.

Der Lebensweg des deutschen Volkes, der 1914 mit dem Kriege begann, ist noch lange nicht zu Ende. Tuberkulose, Mangelernährung, Kindersterblichkeit und

allgemeiner Tiefstand der Volksgesundheit

halten an und vermehren sich noch. Von den Kindern, die 1925 eingeschult werden mußten, wurden 20 Prozent zurückgelassen, weil sie in ihrer körperlichen Entwicklung hinter den beschleunigten Anforderungen weit zurückgeblieben waren. Die schulärztlichen Untersuchungen ergaben ein fies-tauriges Bild von der gesundheitlichen Befindlichkeit unserer Kinder. Ihre Ergebnisse wären aber noch erschreckender, wenn die Untersuchungen vorgenommen würden ohne vorherige Anmerkungen. Sie ergeben erst dann ein richtiges Bild, wenn Armut und Not verstanden sind bei uns in Deutschland.

Wie sieht nun sozialpolitische Fürsorge in anderen Ländern aus? In Neuport mit seinen 8 Millionen Einwohnern betrug die Kindersterblichkeit in den Proletarierquartieren vor dem Kriege 50 bis 60 Prozent. Die Ursachen waren vor allem in der Abwesenheit beider Eltern von der Wohnung während des ganzen Tages zu suchen. Während sie in 12- und 14stündiger Arbeitszeit für den Lebensunterhalt sorgten, mußten unerfahrenere ältere Geschwister für die kleinen Kinder sorgen. Man beehrte der Säuglingssterblichkeit dadurch, daß man das Meer der kleinen

„Mütter“ ausbildete, d. h. zehn- bis vierzehnjährige Unter-richt in der Säuglingspflege gab und sie mit der Betreuung der Kleinsten beauftragte. Der Erfolg war, daß man in kurzer Zeit, nach 1 1/2 Jahren, die Kindersterblichkeit auf 37 Prozent herunterdrücken konnte.

In Deutschland steht es trauriger, als alle es ahnen. Die Wohnungsnot, das zusammengepörrte Wohnen in engen Räumen, brachte eine erschreckende Zunahme der Unreinlichkeit. In Berlin waren 30 Prozent der Kinder verlaugt. Das Maß für Obdachlose hat gegenüber 1918 eine Steigerung der Anspruchnahme von 70 Prozent. Der Bettenmangel in Deutschland ist erschreckend groß. Am Rheinland fehlten 15 Prozent Betten. Nur 24 Prozent aller Kinder schlafen in eigenen Betten. Bei diesen Zuständen weßern dann alle Kräfte und Speicher gegen die zunehmende Unfruchtbarkeit.

Die Kindersterblichkeit

ist von 21,9 Prozent in 1913 auf 46 Prozent gestiegen. Der Alkoholismus breitet sich wieder mehr und mehr aus. Konnten während des Krieges die Trinkerhörschichten überall geschlossen werden, so sind sie heute wieder sämtlich überfüllt. 3 Milliarden Goldmark werden in 1 Jahre für Alkohol ausgegeben.

Angeichts dieser großen Not ist schon nach 7 Jahren keine Erinnerung, kein Gedächtnis mehr an die Ursache alles dessen, an den Krieg! Der Ruf ertönt: Mehr Kinder! Der Staat, der den Müttern im Kriege die Kinder gerettet hat, verlangt von ihnen neue Kinder. Und er verlangt sie von den Proletariern, bei denen ein Mindersterben der Kinder im ersten Lebensjahre 5 Prozent; im Wedding, dem Proletarierviertel, 48 Prozent. Nichts ist darum berechtigter, als wenn die Sozialdemokratie dafür kämpft, daß die Geburt von Kindern, deren Erziehen von vornherein unsicher ist, verhindert wird. Ihr Kampf gegen die Abtreibungsparagrafen hat alle Spießer, Pfaffen und Moralisten auf den Plan gerufen, die nun glauben, mit Moralpredigten die armen, todgeweihten Kinder zu erhalten. Ihnen hat sich auch die deutsche Ärzteschaft angeschlossen, die sich überhaup nach dem Krieg als das reaktionärste Element in Deutschland gezeigt hat. Ihr Pharisäertum kann aber die tatsächlichen Abtreibungen nicht verhindern. Man schätzt ihre Zahl auf jährlich 500 000. In Wirklichkeit dürfte sie aber nahezu 1 Million erreichen.

Verlangt der Staat von den Müttern die Gebärspflicht, so muß er für die Kinder auch die Mütterpflicht übernehmen. Der Kampf gegen die Abtreibungsparagrafen gehört zum Kampf um die Befreiung der Frau, vor allem der Proletarierfrau, denn ihr Leben ist eine einzige große Tragödie, in der sie von Monat zu Monat um ihr Gesicht zu bangen hat. Die Frauen müssen der zwei Millionen Opfer des Krieges gedenken und für ihre Befreiung sich einsetzen mit der ganzen Kraft, die ihnen zur Verfügung steht. Aus fällt keine Erinnerung an den Schöpf, in fortgesetztem Kampfe wird jedoch endlich ein Erfolg erzielt werden.

Die Aussprache.

Nach den äußerst interessanten und belehrenden Ausführungen des Genossen Mosek, die mit großem Beifall angenommen wurden, erhaltet die Mandatprüfungskommission durch Genossin Wollmann Bericht. Es sind 34 Delegierteninnen und 80 Gäste anwesend. Dann erhält als erste Diskussionsrednerin das Wort:

Genossin Zell (Groß-Lueneburg). Sie schildert das Elend der Landarbeiterinnen. Die Arbeiterinnen auf dem Lande stehen noch vielfach unter dem Einfluß der Farmer, Großgärtner und der nationalitistischen Frauenverbände. Deshalb ist es notwendig, daß wir gerade auf dem Land unsere Frauenagitation fördern müssen.

Genossin Richter (Zerbst) spricht über die Notwendigkeit der Aufhebung der Abtreibungsparagrafen. Die Arbeiterfrauen müssen sich freimachen von dem falschen Begriff bürgerlicher Moral.

Genossin Strauß (Tangermünde) regt an, daß auch die Männer, die dem Reichsbanner angehören, ihre Frauen veranlassen, sich politisch zu organisieren.

Genossin Reisch (Leopoldsdahl) schildert das Elend der Schulkinde, das besonders zutage tritt bei unverbesserten ärztlichen Kinderuntersuchungen in der Schule. Zu Ferienpausiergängen sollten alle Gemeinden Mittel bereithalten. In den Frauenabenden dürfen nicht bloß politische Sachen behandelt werden, sondern auch geistliche Unterhaltung muß gepflegt werden.

Genossin Bernick (Magdeburg) bespricht eingehend die Frauenagitation auf dem Lande.

Keine Richtlinien können dafür nicht aufgestellt werden, denn die Verhältnisse in den Orten liegen nicht überall gleich. Aus der Taktik unserer Gegner bei der Frauenagitation können wir manches lernen. Seit den Neuwahlen 1924 wird die proletarische Frau in den Landorten von den deutschnationalen und den nationalitistischen Frauenbänden, vor allem dem Luisebund, systematisch bearbeitet und vor allem das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie bei den Frauen gefördert. Auch die Lehrer auf dem Lande, selbst wenn sie angeblich Demokraten sind, gehen bei der nationalitistischen Agitation mit diesen reaktionären Bänden Hand in Hand. Bei unseren Veranstaltungen dürfen wir nicht unsere Kinder vergeßen. Kinderfeste, die unsere Frauengruppen veranstalten, erfreuen sich großer Beliebtheit. Der Agitation für die Arbeiter-klasse in den Frauenabenden ist größte Beachtung zu schenken. Gerade bei den Frauen muß für die sozialdemokratische Zeitung unabhängig gemacht werden.

Genossin Wollmann (Halberstadt) gibt Richtlinien für die Ausbildung der Frauen zu Agitatoren. Die Vorbildung der Arbeiterfrauen ist unumgänglich notwendig, damit selbst in den kleinsten Orten die Proletarierfrau in der Gemeindevertretung mitwirken kann. Die Frauen müssen öffentlich für den Sozialismus wirken und eintreten und unsere Ideen mit Herz und Verstand propagieren, wo sich auch immer Gelegenheit dazu bietet.

Genossin Ferkel drückt seine Freude darüber aus, daß es gelungen ist, die Frauenbewegung im Bezirk nicht nur zahlenmäßig zu steigern, sondern ihr auch eine innere Festigkeit zu geben, die weitere Erfolge erhoffen läßt. Er bespricht dann die Agitationsmöglichkeiten bei den Frauen und geht auf die Notwendigkeit der geringen Beitragserhöhung und der Einführung einer Sterbekasse ein.

Genossin Hesse (Aschersleben) regt an, in den Gemeinden Sozialberatungsstellen zu schaffen. In den Frauenunterhaltungsabenden muß alles, was dort getrieben wird, in Beziehung zum Sozialismus stehen. Wir müssen die Frauen schulen und durchbilden. Wenn erst mal alle Genossinnen ihre Frau der Partei zugeführt haben, sind wir schon ein großes Stück vorwärts gekommen. Der Mann muß auch in der Familie demokratisch handeln.

Genossin Fabian (Magdeburg) gibt eingehend Richtlinien zur Agitation für die Parteizeitung.

Gerade der Zeitungsfrage müssen die Frauen die größte Beachtung schenken. Sie müssen dafür sorgen, daß die gegnerischen Blätter aus den Arbeiterwohnungen verdrängt werden und daß dafür die Arbeiterpresse gelesen wird.

Genossin Wagnert (Magdeburg) verlangt, daß den Frauen mehr Einfluß in den öffentlichen Körperschaften eingeräumt wird.

Genosse Ante (Dessau) weist auf die Folgen der Wohnungsnot für die Arbeiterfamilien hin und tritt dafür ein, daß Gemeindefestungen werden zum Wohle der Frauen und Kinder. Genossin Fiedler (Bernburg) bespricht die Schulung der Genossinnen im öffentlichen Leben.

Genossin Winger (Magdeburg) betont, daß sich viele Frauen noch immer nicht freimachen können von Vorurteilen. In religiösen und politischen Fragen geht die Frau nicht immer mit dem Manne. Viele Frauen können sich nicht entschließen, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken. Das muß anders werden.

Genossin Säh (Burg) weist auf den Realismus hin, der in der Betätigung so vieler Frauen für die Partei und die Wohlfahrtsbestrebungen in Erscheinung tritt. Ohne die Pflege dieses Realismus können wir keine Erfolge erzielen.

Die mancherlei Anregungen und Wünsche faßt die Genossin Arning im Schlußwort zusammen und fordert, daß alle Genossinnen mithelfen, das Gemeinschaftsgefühl und den Gemeinschaftsgeist in unsern Reihen zu pflegen. Alle unsere Veranstaltungen müssen politischen Inhalt haben und untrübt werden von geselligen Darbietungen. Denn die Arbeiterfrauen haben es nötig, daß ihnen frohe Stunden geboten werden. Starkes Selbstvertrauen müssen sich die Genossinnen erwerben. Sie dürfen nicht wankelmütig oder müde werden, sondern müssen unablässig für die Ausbreitung der Idee des Sozialismus tätig sein.

Die Frauen gegen den Zollwucher.

Dann wird folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die stark besuchte Frauenkonferenz des Bezirks Magdeburg-Anhalt warnt in letzter Stunde die Reichsregierung und Regierungsparteien, die Zollvorlage zum Gesetz zu machen. Wir protestieren gegen die Zollvorlage, weil die breiten Massen des Volkes die Belastung der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel nicht zu tragen vermögen. Deutschland hat alles zu tun, um seine Volksgesundheit zu heben und seine Kindersterblichkeit einzudämmen. Die Zollvorlage aber schlägt allen diesen Bestrebungen ins Gesicht und drückt die Lebenshaltung des Volkes auf das aller niedrigste Niveau. Wir fordern die freie Einfuhr von Lebensmitteln, weil Zollschranken Nord am Volke sind. Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, um unser Volk mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen, die zu billigen Preisen in den Handel kommen.

Die Delegiertenwahl.

Zum Reichsparteitag und zur Reichsfrauenkonferenz wählt die Konferenz die Genossinnen Reisch (Leopoldsdahl) und Kaine (Magdeburg). Außerdem nehmen Genossin Wollmann (Halberstadt) am Parteitag und Genossin Arning (Magdeburg) an der Reichsfrauenkonferenz teil.

Mit dem Wunsch, daß die Konferenz das Band zwischen den Genossinnen und den einzelnen Unterbezirken enger geknüpft haben möge und daß alle Genossinnen in treuer unermüdlicher Arbeit in den Ortsvereinen und in ihren Ämtern in den öffentlichen Körperschaften und der Wohlfahrtspflege weiter für die sozialdemokratischen Ziele wirken mögen, schloß Genossin Arning die glänzend verlaufene Frauenkonferenz.

Nachrichten aus der Provinz.

Der neue Bezirksvorstand.

In unserm Bericht über den Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Magdeburg-Anhalt hat sich bei der Wiederwahl der Mitglieder des neuen Bezirksvorstandes ein bemerkenswerter Fehler eingeschlichen. An zweiter Stelle ist der Genosse Vack genannt. Genosse Vack wurde jedoch nicht wiedergewählt, da er aus beruflichen Gründen die Mitarbeit aufgeben mußte. In seiner Stelle muß der Genosse Vank genannt werden, der auch bisher schon dem Bezirksvorstand angehört. Der Bezirksvorstand setzt sich also zusammen aus den Genossinnen Fabian, Vank, Brandenburg, Koch, Tittel, Günther, Buß, Karbn und der Genossin Wollmann.

Die Forderungen der Arbeitsinvaliden.

Der Gen Sachsen-Anhalt des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und -witwen hielt am 1. und 2. August eine Tagung in Halberstadt ab. Sie legte Zeugnis ab von der Notwendigkeit und von der Stärke und Kraft dieser Organisation. Annähernd 200 Vertreter der Ortsgruppen des Verbandes und Vertreter von Behörden waren anwesend. Der Verband hat endlich erreicht, daß er auch von den amtlichen Stellen als die wirkliche Interessenvertretung der Sozialrentner anerkannt wird und daß seine sachliche Arbeit im Dienste der Hilfsbedürftigen gewürdigt wird. Es gibt zwar noch einige amtliche Stellen, die den Zentralverband der Invaliden weitere Schwierigkeiten machen, weil er sie mit seinen Wünschen und Forderungen nach schneller Hilfe für die Opfer der Arbeit aus ihrer Ruhe aufhört und ihrem Bürokratismus zu nahekommt, aber auch diese Stellen werden sich schließlich durch die Beharrlichkeit der in der Arbeitsinvalidenbewegung besonders im Gau Magdeburg-Anhalt und in der Ortsgruppe Magdeburg so rühmigen Vorstandsmitglieder fügen müssen. So wird der Zentralverband der Arbeitsinvaliden sozialen Geistes, soziales Verständnis überall bei denen haben, die mit den Angelegenheiten der Opfer der Arbeit zu tun haben, wie das habundierend der Reichsbund der Kriegsbeschädigten für die Opfer des Krieges getan hat.

Den Tätigkeitsbericht der Gauverwaltung

erstattete Gauleiter Schneider. Der Verband hat eine erfreuliche Entwicklung genommen. Er zählt jetzt 175 Ortsgruppen im Gau. Rund 10 000 neue Mitglieder sind gewonnen worden. Dieser Erfolg ist vor allem den regen, unermüdlichen Funktionären zu verdanken. Die Mitgliederzahl ist dauernd im Steigen begriffen. 192 Verammlungen wurden abgehalten. Der Verband nimmt auch die Vertretung der Mitglieder in Rentenämtern vor den Spruchkammern der Oberverwaltungsämter vor. Im letzten halben Jahre wurden 288 solche Vertretungen ausgeübt. Davon wurden 126 gewonnen und 51 Sachen verurteilt. Durch Einwirkung auf die Versicherungsträger, wie z. B. den Knappschaftsverein, wurden manche Verbesserungen erzielt. Gerade in der Knappschaftsversicherung gab es oft schwere Kämpfe. Auch in der Sozialversicherung gelang es, höhere Unterstützung zu erringen. Allerdings läßt auch die Fürsorgepflicht (ehemalige Armenfürsorge) noch immer viel zu wünschen übrig. Eine Anzahl von Gemeinden hat es gewagt, den Invaliden teilweise gar keine, teilweise nur 2 oder 4 Mark anzubieten. So etwas muß in Zukunft verhindert werden. Darum wird es die Aufgabe des Verbandes sein, in die Prüfungsausschüsse hineinzukommen. Jeder einzelne Kreis muß bearbeitet werden, denn nur in den Kreisen, in denen der Verband groß und stark ist, gelang es, für soziale Zwecke große Summen einzufahren. Den Gemeindevorstehern muß klargemacht werden, daß die Invaliden und Witwen nicht gewillt sind, die Hauszinssteuer weiter zu bezahlen. Gauleiter Schneider wies dann darauf hin, wo noch überall mit der Arbeit begonnen werden muß. Eine Reihe von Gemeinden behandelte die Sozialrentner immer noch in ungläublicher Weise. Der Verband wird sich das nicht mehr gefallen lassen und für Abhilfe sorgen.

Nachdem Kollege Müller (Magdeburg) den Kassienbericht erstattet hatte, hielt Verwaltungsdirektor Seranu (Merseburg) einen interessanten Vortrag über

Auf zur Reichsbannerfundgebung nach Halle am 9. August!

Die Schwerbeschäftigtenfürsorge.

22.000 Schwerbeschäftigte sind in der Provinz Sachsen vorhanden; davon sind 1000 arbeitsunfähig; 340 konnten nicht in ein Arbeitsverhältnis untergebracht werden. Die Arbeitsvermittlung war mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

In der lebhaften Aussprache wurden Wünsche der einzelnen Ortsgruppen an die Gewerkschaft laut vorgebracht, Bescheide der Versicherungssträger auf Rentenherabsetzung kritisiert und die unsoziale Einstellung vieler Unternehmer gebrandmarkt.

Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten und Verbandsvorsitzenden Genosse Kartz (Berlin) über den Stand der sozialen Gesetzgebung. Das wertvollste Gebiet der sozialen Versicherung und der Sozialpolitik wurde vom Referenten eingehend behandelt. Der Verband hat auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung stark eingewirkt und damit seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit erwiesen. Dem Reichstag haben bei den sozialpolitischen Beratungen rund 60 Anträge vorgelegen, welche die Versicherungs- und Fürsorgegesetze ändern wollten. Die Forderungen der Arbeitsinvaliden und -witwen wurden von den Sozialdemokraten energisch vertreten.

Der Redner erörterte sodann die Behandlung der hauptsächlichsten Fürsorgezweige, namentlich die Invaliden-, Angehörigen- und Unfallversicherung sowie die Fürsorgepflicht. Die Reichsparteien und die Reichsregierung sind nur schwer und nur im Wege der Kompromisse zu Zugeständnissen an die Rentenberechtigten zu haben gewesen. Die Verbesserungen in der Invalidenversicherung waren nur mäßig durch gleichzeitige Erhöhung der Versicherungsbeiträge. Bemerkenswert sind die Neuerungen auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Gegenwärtig liegt der Entwurf einer Herabsetzung des Reichsinvalidengesetzes vor. Der Redner erörterte schließlich die Forderung des Verbandes der Arbeiterinvaliden und behauptete, daß der Kampf der Sozialverbände um Verbesserung ihrer Lage noch intensiver werden muß. Erfolge kann der Verband nur haben, wenn sich die Millionen der Opfer der Arbeit im Zentralverband der Arbeitsinvaliden und -witwen organisieren, um einen energiegelassen Druck auf die Regierungsparteien und die Öffentlichkeit ausüben zu können. Folgende Entscheidung wurde angenommen:

„Die am 1. und 2. August 1925 im Gewerkschaftshaus zu Halberstadt tagende Konferenz des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden erklärt sich bereit, mit der gesamten organisierten Arbeiterbewegung den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr aufzunehmen. Nicht nur die Kriegsschädigten, nein auch die Arbeitsinvaliden haben furchtbare unter den Wirkungen des Krieges zu leiden. Ihre Erfahrungen werden vernichtet, ihre Angehörigen geschädigt und sie selbst werden einer furchtbaren Not ausgesetzt. Der Weltkrieg, der vor 11 Jahren ausbrach, würde sich in noch furchtbarer Weise wiederholen, wenn nicht das gesamte werktätige Volk sich mit allen Kräften dagegen hemmt. Auch der Schicksal der Arbeitsinvaliden ist:

„Nie wieder Krieg!“

Die durch den Krieg geschaffene Notlage zwang die Regierung, unter dem Druck der organisierten Arbeitsinvaliden eine soziale Fürsorge einzuführen, die der größten Not zu ihrem Verjüngung. Mit der Wiedereinführung der festen Währung gelang es dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden, unterstützt durch die Arbeiterparteien im Reichstag, die Invalidenleistungen zu erhöhen. Die Gemeinden benutzen die Erhöhung der Beiträge, um die soziale Rente um diesen Betrag zu kürzen. Wir protestieren energig gegen dieses Vorgehen der Fürsorgebehörde. Wir verlangen eine Gleichstellung mit den Kleinrentnern. Diesen wird ein Satz von 270 Mark jährlich bei der Zurechnung der sozialen Renten nicht in Anrechnung gebracht.

Trotzdem der Reichsverband für die Lebenshaltung unaufhörlich steigt, will man die Sozialrentner zu Rentenbeziehern zweiter Klasse humpeln. Der Reichstag nahm zwar einen Antrag an, der auch bei der Berechnung der sozialen Zuschüsse für Invaliden eine Summe von 270 Mark, genau wie bei den Kleinrentnern, ausnahm, der Reichstag aber wagte es, den Invaliden einen Zusatzbeitrag ins Gesicht zu werfen, indem er keine Zustimmung zu diesem Antrag des Reichstags verweigerte. Wir fordern vom Reichstag, daß er diesen Einspruch sofort zurückzieht und erwidert vom Reichstag, daß er notwendigfalls zur Zweidrittelmehrheit von neuem beschließt, 270 Mark anrechnungsfrei zu lassen, so daß das Gesetz dennoch Kraft erlangt.

Die Gesamttagung erklärt ferner ihre Entschlossenheit über die „Reform“ des Reichsinvalidengesetzes, die geradezu eine

Verhöhung der Rente der Anknappheitsrentner

bedeutet. Die Anknappheitsrentner fordern im Gegenzug zu dieser Herabsetzung die Bewährung der Anknappheitsrenten für alle Versicherungsjahre von 50. Lebensjahre an nach 25jähriger Dienstzeit; ferner verlangen sie, da die Anknappheitsrenten in der Lage sind, freie Krankenbills für ihre Angehörigen.

Mit Entschlossenheit nimmt die Gesamttagung von dem Verhalten der bürgerlichen Regierungsparteien Kenntnis, die unter Hintanhaltung der furchtbaren Notlage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung Kornwuchererolle im Reichstag durchzusetzen wollen. Solche Forderungen können von den Invaliden nicht abgemildert werden, da sie nicht in der Lage sind, um höhere Gewinne zu kämpfen. Es besteht daher die Gefahr, daß die bis jetzt gewöhnlich niedrigen Rentenherabsetzungen durch die Forderung der Invaliden wieder zugehen werden.

Der Bund des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, der bis jetzt 20.000 Sozialhilfebedürftige umfaßt, fordert die gesamte Arbeiterbewegung des Landes Sachsen-Anhalt auf, gemeinsam den Kampf gegen die Rentenherabsetzungen aufzunehmen und für Bewahrung der sozialen Lage der Arbeitsinvaliden zu kämpfen. Die Gesamttagung will daher allen unorganisierten Invaliden zu: „Euer Kampf ist an der Seite des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und seiner Kampfgenossen.“

Die Anknappheitsrentner über den Vertrag war sehr lebhaft und interessiert. Es bedarf nicht daran die Rentenempfänger Walther (Magdeburg), Müller (Halle), Schäfers (Halle), Goller (Halle), Goller (Halle), Seifge (Halle) und Seifge (Halle) sind. Es wurde auch darüber gesagt, daß sich gesunde Gewerkschaftler der Invaliden und ihren Verbänden abnehmend gegenüberstellen. Ihnen muß entgegengebracht werden, daß auch sie sich in die Reihen der Invaliden stellen werden. Dann wird die Diskussion zwischen Arbeiter und Arbeiterinnen eröffnet.

Bürgermeister Genosse Kreis (Halle) befragt das Parteimitglied der Invalidenbewegung mit der freundlichen Hilfe die Forderung, daß die Invalidenrenten nicht oder nur zum Teil auf die Leistungen der Sozialversicherung anzurechnen werden dürfen, sondern davon, daß die öffentliche Fürsorge kein Ersatzmittel für die Sozialversicherung ist. Ein solches wäre von den sozialen Behörden herbeizuführen. Das Ziel wäre sein, die Renten so hoch zu stellen, daß die öffentliche Fürsorge für den Rentenempfänger überflüssig ist.

Der Tagung lesen 35 Anträge der Ortsgruppen vor. Sie nach den Beschlüssen der Tagung erledigt wurden. Der nächste Sonntag soll in Saalfeld stattfinden. Für den ausgetragenen Kollegen Genosse (Saalfeld) wurde halbes Viertel (Rente) in den Gesamtverband gewählt. Dann folgt halbes Viertel Schneider die Tagung mit dem Beschlusse, daß die Arbeiter der Konferenz keine Rente tragen sollen.

Stadtkreis Burg.

Eine Versammlung findet am Samstag im Garten und allen Nämern des Schützenhauses statt. Das Reichsbanner und die Mitglieder der Weimarer Koalitionsparteien müssen für die Versammlung eine rege Propaganda betreiben. Am Versammlungstage sind die republikanischen Farben zu zeigen.

Achtung, Mieter! Die Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Mieter weist darauf hin, daß nach den Bestimmungen der Vermieter in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August eines jeden Jahres der Mietervertretung, oder wenn eine solche nicht besteht, den Mietern auf Verlangen die Verwendung der Gelder für laufende Instandsetzungsarbeiten nachzuweisen hat. Die Mieterchaft hat auf diese Bestimmung besonders zu achten. Am Donnerstag abend 8 Uhr findet im Saale von Strauss Restaurant eine Mitgliederversammlung des Mietervereins statt, an der alle Mieter teilnehmen müssen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben. Konsumverein - Generalversammlung. Den Bericht für die Zeit vom August 1924 bis April 1925 gab Genosse Bräuer. Die Mitgliederzahl hat sich auf 1043 erhöht. Der Umsatz betrug während der Berichtszeit 92.207 Mark. Die drei häufigsten auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Alfred, Dorlebach und Frey, wurden für die nächsten 3 Jahre wiedergewählt. Für das fortgesetzene Aufsichtsratsmitglied Mathies, wurde Genosse Wilhelm Krause bis zum 1. August 1926 gewählt. Den Bericht vom Verbandstag Mitteldeutsch Konsumvereine gab das Vorstandsmittglied Gene. Der Sachbetrag der Anteile für das laufende Geschäftsjahr wurde auf 25.000 Mark festgesetzt. 90 Mitglieder, die in den letzten 2 Jahren Dividendenmarken nicht abgegeben haben, wurden aus dem Verein ausgeschlossen. — Die Versammlungsfeier. In der letzten Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde beschlossen, am 9. August eine Versammlung abzuhalten, die nicht nach Halle fahren, an der Reichsbannerfeier in Süplingen. Am 11. August, am Versammlungstag, findet bei Herzog eine Festversammlung mit gemäßigtem Programm statt. In dieser Versammlung sind sämtliche Angehörigen aller republikanischen Parteien geladen. Außer diesem wird von der Föderation eine spezielle amtl. Versammlung stattfinden. — Frauenversammlung. Wir erinnern noch einmal an den heute Dienstag abend bei Herzog stattfindenden Nierkrankeabend der sozialistischen Frauenbewegung. — Als Kleinkunst- und Trachtenführer für den Amtebezirk Emdenbürg ist wiederum der frühere Trachtenführer Wilhelm Grahm bestellt. Als Stellvertreter gilt der Reichs- und Trachtenführer August Heber, Altdersleben.

Veranstaltung der Fortbildungsschule. Ende des vorigen Monats unternahm die Fortbildungsschule einen dreitägigen Ausflug nach der Weser. Es muß anerkannt werden, daß die Lehrern durch weites Engagement diesen Ausflug ermöglichten. Zunächst ging die Reise nach Hannover, wo durch Wald und Feld ein Fußmarsch nach dem Steinhuder Meer unternommen wurde. Drei Segelboote schloßen sich an. Am zweiten Tage wurden die Schuppen des Mittelkanals und seine Uferführung über die Weser besichtigt. Das Wunderwerk der Technik wurde von allen mit Interesse betrachtet. Von hieraus ging die Fahrt mit Motorboot die Weser hinauf bis Hameln, wo die gemächliche Refektorium besichtigt wurde. Am dritten Tage wurde Gildesheim besichtigt und von dort aus wurde die Rückreise über Bramsche zurückgetrieben. Solche Ausflüge verdienen Nachahmung.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Frauenversammlung. Am Mittwoch den 5. August, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Albert Thiele eine wichtige Frauenversammlung statt, zu der die Frauengruppe der S. R. D. und die Reichsbannerfrauen eingeladen sind.

Größttersleben. Eine Funktionärerversammlung findet Donnerstag den 6. August, abends 8½ Uhr, bei Köhning statt. Es ist notwendig, daß alle Funktionäre erscheinen. — Eine Gemeindefestsetzung wird morgen, Mittwoch, abends 7½ Uhr in der Mädchenschule abgehalten.

Stadtkreis Wöhrleben.

Wöhrleben. Die Arbeiterwacht für Schulfahrt veranlaßt am 31. Juli einen Ferienausflug für Schulfahrer nach der Waldmühle. Annähernd 150 Kinder gegen erwartungsvoll und freudestrahlend der Städte der Erholung und Erbauung zu. Was bei den bestehenden Mitteln der Arbeiterwacht geboten werden konnte, wurde geleistet: Kaffee und Kuchen und ähnliches. Es erwiderten sich bald lustige Spiele und fröhliche Unterhaltungen. Leider setzte bald irremender Regen ein. Zunächst nahmen die Kinder diese Unbill geduldig hin; das Spiel wurde im Saale fortgesetzt. Der Regen ließ aber nicht nach und ziemlich rasch kamen manne nach der Heimreise zu Hause an. Aber die Veranlassung war für die Kinder ein Erlebnis, das ihnen trotz der Launen des unerbittlichen Wettergottes lange in freudiger Erinnerung bleiben wird.

Altmark.

Straßenbrücke über die Elbe bei Schönhausen.

Der Magistrat der Stadt Stendal hat ein Projekt über die Heberführung der Elbe bei Schönhausen ausarbeiten lassen, worüber er der Öffentlichkeit folgendes mitteilt: „Der zugehen in der Ausführung begriffene Neubau der 10 Meter langen Eisenbahnbrücke bei Hämerken hat dem Magistrat der Stadt Stendal und andere Interessenten Veranlassung gegeben, durch Sachverständige prüfen zu lassen, ob und inwieweit die jetzt bestehende Eisenbahnbrücke, die nach Fertigstellung des Baus der neuen Brücke in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 für Zwecke der Reichsbahnvermittlung entbehrlich wird, als Straßenbrücke erneut Verwendung finden kann. Es kann es die dringende notwendige Verbindung zwischen beiden Elbarmen für den Lokalverkehr, wie für den von Jahr zu Jahr stark wachsenden Heberlandverkehr durch Kraftwagen unter Ausnutzung verhältnismäßig geringer Baukosten gegeben werden.“

Die Veranlassung der Reichsbahn-A.G. hat sich bereits mit der Genehmigung der Eisenbahnbehörden der bestehenden Brücke, annähernd zum Schrottpreis, einverstanden erklärt. Die bestehende Brücke befindet sich in einem fast verfallenen Zustand. Lediglich die Stütze auf die in den nächsten Jahren fast neigenden Verkehrslinien der Lokomotiven — und die nach erfolglos länger wachsenden Gewichte der Güterwagen waren der Grund für die Reichsbahnverwaltung, sich zu dem jetzt in der Ausführung begriffenen Neubau zu entschließen.

Da die Häuser für Straßenbrücken in Betracht kommenden Stendal — in Wöhrleben und Wanzleben — bei weitem nicht an die Bedingungen durch die Betriebsmittel der Reichsbahn heranreichen, so ist die dauernde Beibehaltung der bestehenden Brücke für Zwecke des Straßenverkehrs kein Verzicht. Zu unserer Zeit würde es unüberwindlich sein, die wertvolle, gut erhaltene alte Brücke durch Verfüllung in ihrem verhältnismäßig hohen Werte im wesentlichen zu vernichten. Allerdings wird es notwendig, den eisernen Heberbau um etwa 20 Meter unterhalb parallel zu verlagern, da die Brückenüberführung an der Stelle der jetzigen Eisenbahnbrücke später eine neue für das dritte und vierte Gleis herstellen wird. Derartige Verfüllungen von Brückenüberbauten sind jedoch technisch nicht möglich und in weiten Teilen unzulässig.

Die neue Straßenbrücke kann entweder nur zur Durchführung des Kraftwagenverkehrs, des Fuhrwerks- und Fußgängerverkehrs Verwendung finden, oder auch zur gleichzeitigen Heberführung einer Kleinbahn, um so die rechtselblichen mit den linkselblichen Bahnen zu verbinden. Je nach der Lösung, zu der man sich entschließt, stellen sich die Kosten verschiedenartig; lediglich als Straßenbrücke stellen sich in Höhe von 2½ Millionen Mark. Jedenfalls sind die Gesamtkosten wesentlich niedriger, falls nur halb so hoch, als die des Entwurfs einer Brücke über die Elbe bei Tangermünde, die von größerer Länge ist. Die Kosten für diesen Entwurf sind auf 4¼ Millionen Mark bereits im März d. J. veranschlagt worden.

Schon bei dem Bau der Eisenbahn Berlin-Hannover Ende der 60er Jahre entschied man sich für die Heberführung bei Schönhausen, weil die Brücke bei Tangermünde 185 Meter länger geworden wäre und die Strecke über Tangermünde einen Umweg in der geradlinigen Richtung West-Ost bedeutete. Die Brücke bei Schönhausen würde eine Verbindung zwischen den beiden Ufern der Elbe herstellen, die sonst auf eine Länge von etwa 300 Kilometer von Magdeburg bis Garburg — abgesehen von der zeitweise mit benutzten Eisenbahnbrücke bei Wittenberge — nur durch Fähren oder Rähne erfolgt. Man darf gespannt sein, in welcher Weise und wann das Projekt verwirklicht wird, das nur mit staatlicher und provinzieller Hilfe durchführbar ist.

Garbelegen. Unglücksfall. Beim Umbau des Diestauschen Hauses im Ring ereignete sich nachmittags ein Unglücksfall, der leicht noch schlimmere Folgen haben konnte. Das sehr primitive Gerüst brach infolge zu starker Belastung, und die dort beschäftigten drei Maurer stürzten aus der Höhe des ersten Stocks in die Tiefe. Zwei wurden in bewußtlosem Zustand weggetragen; der eine erholte sich bald wieder, der andre dagegen ist wahrscheinlich ernstlich zu Schaden gekommen. Die Verunglückten sind Maurer vom Lande, die nicht dem Verband angehören und jetzt während der Bauarbeiterausperrung billig und lange arbeiten.

Stendal. Feuer brach in der Nacht zum Sonntag gegen 2 Uhr in der Kaserne und dem Kesselhaus der Möbelfabrik aus. Unsere Feuerwehr tüchtig bald Herr, so daß der Schaden nicht mehr in die Höhe zu treten brauchte. Die Dächer wurden nicht mehr in Tätigkeit aus der Höhe des ersten Stocks — Ein Gauner trieb in Stendal vor einigen Wochen seine Geschäfte. Einem Landwirt hat er um ein Darlehen, das er nicht bekam, weil er unter Angabe eines falschen Namens behauptete, er sei ein Finanzamt tätig und würde das Geld demnächst zurückerhalten. Die Angaben waren falsch und der Landwirt samt vergeblich auf sein Geld warten. — Sozialistische Arbeiterjugend. Heute (Dienstag) Zusammenkunft der Schülergruppe in der Anabawitzschule Ansburger Tor. Auch die älteren Genossen müssen kommen. Am Freitag versammelt sich alle Hamburgfahrer im Sekretariat, Praterstraße 16. Gemeinsam mit den Tangermündern wird die Weibe unserer neuen roten Fahne vorgenommen, dann geht es geschlossen zum Bahnhof. Der Zug fährt 1.25 Uhr nachts ab.

Wegeleben. Ein Familiendrama spielte sich am 1. August in unserm Ort ab. Die Frau des Kupferhämmerer Hofmann aus Hamburg weckte bei ihren Eltern in Wegeleben zum Besuch. Morgens schoß der Ehemann plötzlich auf seine Frau und tötete sie. Dann stückete er nach Halberstadt und stellte sich dort der Polizei. Einen Grund für die Tat gab er nicht an. Zeit längerer Zeit war der Mann als schwer Kranken in einer Anstalt untergebracht. Sein Leiden scheint ihn zur Tat geführt zu haben. Er lebte 10 Jahre in glücklicher Ehe.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreis-Fahnenweihe in Tangermünde.

Am 22. und 23. August findet die Kreisfahnenweihe des Kreises Stendal in unserm Orte statt. Am Sonnabend ist Fackelzug und Kommerz; am Sonntag früh Sternwedden und Fackelzug auf dem Burgplatz. Nachmittags Umzug durch die Stadt, große Kundgebung und Fahnenweihe.

Kameraden aus der Altmark und den Nachbarkreisen, kommt alle nach der schönen, alten Elbestadt.

Reichsbannerstag in Wöhrleben.

Am Sonnabend den 5. und Sonntag den 6. September findet in Wöhrleben eine große republikanische Kundgebung, verbunden mit Fahnenweihe, statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, den 6. September für die Teilnahme an der Veranstaltung frei zu halten und nach Wöhrleben zu kommen.

Die nationalpolitischen Vereine Stahlhelm, Jungdo und Werkwolf sind im Wöhrleber Kreise stark vertreten. Das hängt damit zusammen, daß die Großlandwirtschaft hier dominiert und ihre wirtschaftliche Macht politisch rücksichtslos ausnützt. Selbst wo Industrie vorhanden ist, hat man die Arbeiter durch Entlassungen von ihren Arbeitsplätzen in die nationalpolitischen Vereine als Mitglieder gepreßt. Versammlungsräume hat man den republikanischen Parteien und Vereinen abgetrieben. Terror schimmert über den Ort und den Konarkisten ausgeübt. Und doch sieht ein großer Teil der Bevölkerung an der Seite des Reichsbanners.

Kameraden, stärkt durch zahlreichen Besuch des Reichsbannerfestes am 6. September das Vertrauen dieser Volkskreise zum Reichsbanner und zur Republik. Kräftet in allen Orten und erhebt sich zu unserer Kundgebung! Frei Heil!

Der Festausschuß.

Kalbe. Heute (Dienstag) abend 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung bei Geinge. Die Fahnenweihe am 13. September soll beipfechen werden. Alle Kameraden müssen sich zur Verfügung stellen, damit die Vorarbeiten rechtzeitig erledigt werden.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Willst du Meinungen,
geh zu Prommen,
Bismarckstr. 22